

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Ml. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Seitenzelle 40 Pfpg. Telefon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Unsere Mission.

„Freiheit“, „Gleichberechtigung in Staat und Gesellschaft“, so lauten die Forderungen unserer Arbeiterbewegung. Es wird gut sein, wenn wir uns dessen immer mehr bewußt werden, daß wir Freiheit zu verleidigen und Unabhängigkeit und Gleichberechtigung zu erkämpfen haben, nicht allein „Staat und Gesellschaft gegenüber, sondern auch gegenüber dem Brauch und dem Druck der sozialdemokratischen Massenbewegung. Freiheit! Sind wir denn wirklich frei in unserer Gejünung? Läufen wir heute als Arbeiter in Fabrik, Werkstatt und Grube wirtschaftlich das glauben und handeln, wie wir es für gut befinden? Nein, so weit sind wir noch nicht. Man gibt uns dem Gelächter preis, man verspottet uns und man quält uns, wo man die Übermacht hat, um unserer religiösen und politischen Überzeugung willen. Wir sind noch nicht frei, wir sind gedrückt. Und das muß zu Ende gebracht werden! —

Es ist in der Wahrheit unserer Arbeitsfläche. Sind wir das? Es gibt eine Unternehmerrichtung, die uns diese Freiheit befriedigt will durch einseitige Arbeitsnachweise. Es gibt aber auch sozialistische Verbände, die uns das Recht freier Arbeitswahl beschneiden wollen. Wenn wir uns weigern, unsere Überzeugung preiszugeben und ihren Organisationen beizutreten, dann bringen sie uns außer Brot und Arbeit. Sie gehen hin und schließen Tarifverträge ab mit Auskäufern; graphen; nur wer in ihren Reihen steht, soll im Gewerbe Brot und Arbeit finden. Ist das frei? Das ist unerträglicher Druck. Und das muß zu Ende gebracht werden! Widerstand, und zwar organisierter Widerstand muß unsere Parole sein. Unsere besondere Aufgabe muß es sein, die Arbeiterschaft frei zu machen von der Gewalt der unglaublichen Bewegung, frei in ihrer Gestaltung, frei in ihrer Organisation.

Es gehört eine feste Kraft und ein hoher Mut dazu, in allem das Recht wenigstens zu wollen. Ob man das Ziel vollends erreicht, ob nicht unterwegs unsere Stärke erlahmt und erliegt, wissen wir nicht; aber zu wollen, entschieden und mit dem Einfach unserer Kraft zu wollen, dazu sind wir allezeit imstande.

(Aus dem kath. Arbeiter-Taschenbuch 1911.)

Die Arbeitsverhältnisse in der Blechemaille-Industrie.

Die zweite Hälfte des vergangenen Jahrhunderts brachte uns außer vielen anderen Neuerungen auf technischem Gebiet auch das Verfahren, Gebrauchsgegenstände aus Eisenblech und Porzellan zu emailieren. Dieses Verfahren hat in unserer Industrie Eingang gefunden und wurde immer vervollkommenet. Die Emaillegeschiirre haben sich heute überall eingebürgert; ihre Eigenschaften: Einfachheit, Haltbarkeit und Sauberkeit sind die Ursache, daß sie heute in weitem Maße die Geschirre aus Kupfer, Zinn, Messing, Weißblech, Steingut etc. verdrängt haben. So hat sich die Blechemailierung zu einem wichtigen Teile unserer Metallindustrie entwickelt. Wir wollen uns deshalb im Folgenden einmal mit den Arbeitsverhältnissen dieser Industrie näher befassen.

In Hammersteins Bezugssquellenverzeichnis sind für Deutschland ungefähr 75 Emailierwerke angegeben. Diese Zahl ist aber nicht genau, es werden nach unserer Schätzung ungefähr 100 bis 110 Werke vorhanden sein. Die bei Hammerstein angegebenen Werke verteilen sich wie folgt: Nord- und Ostdeutschland 10, Sachsen 27, Rheinland-Westfalen 26 und in Mittel- und Süddeutschland 12 Stanz- und Emailierwerke. Diese Werke beschäftigen in der Regel zwischen 50 bis 300 Arbeiter und Arbeiterinnen und betreiben, wie der Name schon sagt, größtenteils auch die Herstellung der Rohwaren in eignen Stanzwerken und Klempnereien. Außer kleineren und mittleren gibt es aber auch Riesenwerke in der Branche; wir ver-

weisen nur auf das rund 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigende Stanz- und Emailierwerk Gebrüder Baumann in Amberg in Bayern. Auch sogenannte gemischte Werke, wie das Eisenhüttenwerk Thale a. S., befassen sich mit der Herstellung von Emaillegeschirr. Herrscht auch heute noch unbekannter der persönliche Besitz in diesen Industriezweigen vor, so treffen wir doch auch schon auf Aktiengesellschaften. Wir nennen u. a. Amalauer, Martinian, Silesia, Vorleimus, Ulrich, Thiel und Söhne, Rheinania, Schwemer Eisenwert, Sächsische Emailierwerke, Rheinisch-Westfälische Stanz- und Emailierwerke, Westf. Stanz- und Emailierwerke. Die Gesamtzahl der in der Emailleindustrie beschäftigten Arbeiter ist nicht genau zu ermitteln, Statistiken sind nicht vorhanden und in der Berufs- und Gewerbestatistik von 1907 ist die Emailleinustrie mit einer Reihe anderer Berufe zusammen gefasst worden. Schätzungsweise dürfte die Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen mit 25 bis 30 000 eher zu niedrig als zu hoch angesetzt sein.

Entsprechend dem Charakter der Industrie, die sich in allen Landesteilen und vornehmlich in ländlichen Gegenden zerstreut ansiedelt und infolge der geradezu traurigen Organisationsverhältnisse der in ihr tätigen Arbeiter, sind die Arbeitsbedingungen durchaus nicht einheitlich geregelt, sondern so unregelmäßig, wie nur immer möglich. Dafür ein Beispiel. In einer Landstadt, die ungefähr 9000 Einwohner zählt, sind eine Reihe Emailierwerke; die Arbeitszeit beträgt auf 5 Werken 10 Stunden, 6 Werke haben mehr als 10 Stunden. Die Arbeitszeit schwankt hier zwischen 10½ und 10¾ Stunden. Die Fabrikanten haben einen Arbeitgeberverband, dem alle Werke angehören. Wenn man also gleichmäßige Bedingungen schaffen wollte, hier wäre die beste Gelegenheit dazu.

Die Entlohnungsmethoden und Lohnverhältnisse sind eben so ungleichmäßig. Zum Teil wird in Alford, zum Teil in Zeitlohn gearbeitet. Ein Teil der Werke hat namenlich für Aufträger, Emailierer und Brenner ein Prämienystem geschaffen. Die Höhe sind recht verschiedenartig, uns sind Klempnerlöne von 25 bis 55 Pfpg. pro Stunde bekannt geworden.

Die Klempner und Anschläger sind zum größten Teil in Alford beschäftigt. Eine Ausnahme macht das vorhin erwähnte große jüdische Werk. Hier sind die Klempner und Anschläger in Wochenlohn beschäftigt. Dieser beträgt für Klempner 15 bis 20 Ml. für Anschläger 13 bis 18 Ml., der Höchstlohn 20 bezw. 18 Mark soll aber z. T. erst nach 20 Dienstjahren erreicht werden. (Das Werk hat einen gelben Wertverein, einer Gewerkschaft gehören die Arbeiter nicht an.) Ein mitteldeutsches großes Werk beschäftigt die vorgenannten Arbeiterklassen im Akkord, uns will scheinen, daß derselbe etwas sehr summarisch ist. Die Anschläger erhalten für alle Größen und Geschirrarten für je 100 Stück 13 Pfpg. und für je 100 Griffe zu richten 10 Pfpg. mit ganz geringfügigen Ausnahmen. Die Klempner erhalten für gefügte Geschirre bis 32 Centimeter 6 Pfpg., über 32—40 Cent. 12 Pfpg. und über 42 Cent. 15 Pfpg. pro Stück. Für das Einschweißen der Röhre in Wasserkessel und Kaffekannen 7 Pfpg. pro Stück. Einige wenige Sachen sind spezialisiert.

Ein vollkommenes Bild von Verantwortlichkeit und Durcheinander zeigt nachfolgende Zusammenstellung aus acht Stanz- und Emailierwerken, die noch dazu ein und demselben örtlichen Arbeitgeberverband angehören. Die Klempner erhalten z. B.: für Wasserkessel mit Röhre... 8, 6, 5½ und 3 Siebenzehntel Pfpg. pro Stück. Löffelbleche: Zwei Werke zahlen 10 Pfpg., zwei Werke 9½ Pfpg., ein Werk 8 Pfpg. und drei Werke 7½ Pfpg. pro Stück. So geht es weiter bei allen 23 Artikeln, auf die sich die Umfrage bezog. Der Verdienst der Klempner schwankte zwischen 48 und 55 Pfpg. pro Stunde im Akkord. Für Taglohnarbeit wurden 35 bis 45 Pfpg. pro Stunde vergütet.

Bei den Anschlägern liegen die Dinge ähnlich. Nur einige Beispiele, für helgische Tassenrollen mit 4 Nieten 1 Werk 4 Ml., 1 Werk 2,50—5 Ml., 4 Werke

2 Ml. und 1 Werk 1,60 Ml. pro 100 Stück. Für denselben Artikel mit 2 Nieten zahlt: 1 Werk 3 Ml., 1 Werk 2,50—3 Ml., 1 Werk 2,25 Ml., 2 Werke 2 Ml., 1 Werk 1,50 Ml. und 1 Werk 1,12 Ml. pro 100 Stück. Die Verschiedenartigkeit ist bei den 20 Positionen genau so groß wie bei den Klempnern.

Die Entlohnungsmethoden der Aufträger sollen hier etwas eingehender dargestellt werden. Anstelle der Werknamen haben wir Biftern eingesetzt. Die in der Emailleindustrie herrschende Maßregelungs sucht dringt uns dazu.

Firma Nr. 1. — Die Aufträger haben eine Arbeitszeit von 10 Stunden, der Tagelohn beträgt 3,50 bis 4,20 Ml. Die Brenner haben 8 Stunden Arbeitszeit, der Tagelohn beträgt 4,20—4,50 Ml. Außerdem Prämien, falls in den 3 Schichten a 8 Stunden im Tage mehr als 1250 kg. fertige Ware geliefert werden, so werden für je weitere 100 kg. 4 Ml. vergütet. Wie die Verteilung der Prämie vor sich geht, wußten die Arbeiter nicht anzugeben.

Firma Nr. 2. — Aufträger und Brenner erhalten für 10½ Stunden Arbeitszeit einen Tagelohn von 3,50 bis 4,20 Ml. je nach Dienstalter.

Firma Nr. 3. — Die Aufträger und Brenner haben 10½ Stunden Arbeitszeit. Verdienst: Tagelohn mit Prämien. Aufträger verdienen 3,50 bis 3,75 Ml., Brenner 4 bis 5 Ml. pro Arbeitstag. Jeder Ösen muß 100 kg. fertige Waren liefern, für je weitere 100 kg. werden 4 Ml. vergütet. Wie die Prämie verteilt wird, wußten die Arbeiter nicht. Es sei ein ganz kompliziertes Verfahren.

Firma Nr. 4. — Arbeitszeit für Brenner und Aufträger 10½ Stunden. Die Aufträger erhalten einen Tagelohn von 3,80 bis 4 Ml. je nach Dienstalter. Die Brenner haben Auford und erhalten für je 100 kg. fertige Waren 3,50 Ml. Der Verdienst soll durchschnittlich 6 Ml. pro Arbeitstag (10½ Stunden) betragen.

Firma Nr. 5. — Die Arbeitszeit für Aufträger und Brenner beträgt 10 Stunden. Die Aufträger haben Gewichts- und Stücktarif, der Verdienst beträgt 50 bis 55 Pfpg. pro Stunde. Die Brenner erhalten pro 100 kg. fertige Waren 4 Ml.

Firma Nr. 6. — Arbeitszeit für Brenner und Aufträger 10 Stunden. Die Aufträger erhalten einen Tagelohn von 3,50 bis 4,50 Ml. je nach Dienstalter. Die Brenner erhalten Tagelohn und Prämien. Der Tagelohn beträgt 3,70 bis 4 Ml. Wie die Prämien berechnet werden, ist nicht bekannt; jeder Arbeiter erhält ungefähr 15 bis 20 Pfpg. pro Arbeitstag.

Firma Nr. 7. — Die Arbeitszeit für Brenner und Aufträger beträgt 10 Stunden. Die Aufträger haben einen Tagelohn von 3,50 Ml., die Grundaufträge 4 Ml. Die Brenner haben Tagelohn und verdienen 4—5 Ml. bis 4,50 Ml.

Firma Nr. 8. — Die Aufträger arbeiten 10½ Stunde für den Schichtlohn von 3,40 Ml., außerdem erhalten sie Prämien. Tagesjoli-Leistung ist 1300 kg., für jede weitere 50 kg. fertige Waren werden 1,75 Ml. vergütet. Der durchschnittliche Tagesverdienst der Aufträger beträgt mit Prämien 3,80 Ml. bis 4 Ml. Die Brenner haben 8 stündige Arbeitszeit. Ihr Tagelohn beträgt 3,25 Ml., außerdem erhalten sie Prämien, wie die Aufträger, mit der Maßgabe, daß die Hilfsbrenner 25 Pfpg. weniger erhalten pro Stück als die Brenner. Der durchschnittliche Tagesverdienst der Brenner beträgt 5 Ml.

Firma Nr. 9. — Arbeitszeit 10½ Stunden. Die Aufträger erhalten einen Tagelohn von 4 Ml. bis 4,50 Ml. je nach Dienstalter. Die Brenner haben Auford und erhalten für je 100 kg. Grund 0,90 Ml., halbsortio 0,75 Ml., fertig 1,40 Ml.

Firma Nr. 10. — Die Arbeitszeit beträgt 10½ Stunden. Die Aufträger arbeiten im Tagelohn und erhalten 3 bis 3,50 Ml., Frauen 2 Ml. Die Brenner haben ebenfalls Tagelohn; sie erhalten 3 Ml. bis 3,50 Ml., Hilfsbrenner erhalten 2,80 Ml. bis 3 Ml. pro Stück.

Die Frauenarbeit ist nicht nur im Lager und Verpackungsraum anzutreffen, sondern auch im Stanzwerk, in der Emailierung und in der Beize. Kann auch in der heutigen Zeit nicht verbietet werden.

den, daß die Frauen und Mädchen zur Fabrik gehen, ideal ist's auf keinen Fall. Bei den teilweise recht niedrigen Löhnen der Männer bleibt vielfach kein anderer Ausweg. Im Lager- und Versandraum geht die Frauenarbeit ja noch an. Die geschickten und leichten Frauenhände sind bei der Verpackung der teilweise kostbaren und künstlerisch bemalten Geschirre kaum zu entbehren. In den anderen Betriebsabteilungen ist die Frauenarbeit von Nebel. Die Arbeit ist in diesen Betrieben schwierig, anstrengend und gesundheitsschädlich. Ferner arbeiten die Frauen billiger und dadurch die Löhne der Männer immer tiefer. Des weiteren sind die Arbeiterinnen in diesen Betrieben bei dem herrschenden Färm der Maschinen etc. und der teilweise dem Alkohol ergebenen männlichen Arbeiterchaft sehr großen Gefahren ausgesetzt. Einige Fabrikanten verzichten daher auf die Beschäftigung von Arbeiterinnen in diesen Betriebsabteilungen. Wie die Beschäftigung auf die Arbeiterinnen in diesen Abteilungen einwirkt, zeichnet eine Korrespondenz in Nr. 11, Jahrgang 1909 dieser Zeitung. Es heißt dort u. a.:

„Besonders in der Beize, wo nur Arbeiterinnen beschäftigt werden, haben dieselben durch die Einwirkung der Säure sehr zu leiden. Es gibt dort Arbeiterinnen, denen die Fingerknögel und Spangen gänzlich abfallen. Auf die in der Beize beschäftigten schwangeren Personen hat die Beize einen unheilvollen Einfluß aus. — Kleiderräume sind vielfach sehr ungenügend. Besonders dort, wo Personen beiderlei Geschlechtes zusammenarbeiten.“

Gegen diese Zustände gibt's nur ein Heilmittel, gesetzliches oder tarifliches Verbot der Frauenarbeit in diesen Betriebsabteilungen.

Die Verwendung der Strafgelder ist auch ein Punkt der Klage. Soweit die Werke Betriebskrankenkassen haben, wird ja der Vorstand dieser Betriebskrankenkassen über die Verwendung der angejammerten Strafgelder bestimmen. Zum größten Teil gehören die Werke aber den Ortskrankenkassen an. Bei 7 solcher Werke, deren Arbeitsordnungen vorliegen, bestimmt diese: „Die Strafgelder werden zum Besten erkrankter Arbeiter verwendet.“ Auf die Verteilung und die Verwaltung der Gelder haben die Arbeiter keinerlei Einfluß. Eine Abrechnung der Werke über die Höhe und die Verwendung der Gelder erfolgt nicht. An der Verwaltung und Verwendung der Gelder nehmen in anderen uns bekannten Werken die Arbeiter teil durch den Arbeitsausschuß. In der Emailleindustrie fehlen aber die Arbeitsausschüsse oder sie führen nur ein Scheindasein.

Diese Verhältnisse sind sicher bessertungsbedürftig. Die Lage dieser Industrie läßt auch zweifellos eine Besserung zu. Hierfür spricht die große Entwicklung, welche die Blechemailleindustrie im letzten Jahrzehnt genommen hat. Es waren hier keine zweifelhaften Gesellschaftsgründungen, die fortwährend „saniert“ werden müssen, zu verzeichnen, sondern es waren Privatkapitalisten, welche die Werke gründeten, und diese legen bekanntlich kein Geld zu gewagten Spekulationen an. Der Familienbesitz beherrscht in dieser Industrie auch heute noch die Situation. Konturje waren ganz vereinzelt und lagen hierfür fast nur persönliche Gründe vor. Von Liquidationen ist auch nichts bekannt geworden. Aus dem Gesagten geht zur Genüge hervor, daß die Emailleindustriellen sehr wohl etwas für ihre Arbeiter tun können. In einem späteren Artikel wollen wir noch eingehend auf die Aktiengesellschaften in diesem Gewerbe eingehen.

Von den Fabrikanten wird viel über Schmuckkonkurrenz geflacht, manches Próbchen wurde uns mitgeteilt und es ist schwer der Versuchung zu widerstehen, dieselben hier zum Besten zu geben. Vielleicht kommen wir noch einmal darauf zurück. Nichts desto weniger halten wir die Schmuckkonkurrenz für Einzelerscheinungen, die nicht verallgemeinert werden dürfen. Sie ist in der Emaillebranche nicht schlimmer als in anderen Sparten des Metallgewerbes. Durch Gründung des Verbandes europäischer Emaillierwerke, dem nach Zeitungsmitteilungen 75 der ersten Emaillierwerke aus Deutschland, Österreich, Italien, Frankreich, Belgien und Holland angehören sollen, kann die Schmuckkonkurrenz wesentlich eingedämmt werden. Der Verband arbeitet auch ziemlich positiv, wie nachstehende Notiz der Handelspresse vom August d. J. beweisen dürfte:

„Verband Europäischer Emaillierwerke. Die Hauptversammlung dieses Verbandes ist auf den 20. September 1910 nach Berlin einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Festlegung von Verkaufspreisen für Lieferungen im ersten Quartaljahr 1911. Die Geschäftigkeit des Verbandes ist, wie der B. B. C. meldet, sehr befriedigend und hat auch während der Hochsommermonate nicht abgenommen, so daß teilweise schon heute Lieferungssichten bis zum Ende dieses Jahres gefordert werden müssen. Die Nachfrage in den überseeischen Absatzgebieten ist außerordentlich regelhaft; auch die ostasiatischen und afghanischen Märkte haben sich gegen das Vorjahr wesentlich belebt. Im Anschluß an die Versammlung des Verbandes werden auch wieder Verhandlungen mit den russisch-polnischen, spanischen und italienischen Emaillierwerken über den Abschluß von Verträgen für deren heimische Absatzgebiete stattfinden. Die Preise für Lieferungen im ersten Quartaljahr 1911 dürften in den Versammlungen herausgestellt werden.“

Wäre man den Verband weiter ausbauen, dann wird die Schmuckkonkurrenz bald der Vergangenheit angehören.

Von Arbeitgeberverbänden dieser Industrie ist bisher wenig in der Öffentlichkeit bekannt geworden. Nach Kessler soll sich 1907 ein Arbeitgeberverband für die Emailleindustrie in Berlin gebildet haben. Über seine Tätigkeit ist bisher nichts bekannt geworden. Die Emaillesfabrikanten im Westfälischen Bezirk gehören als Untergruppe dem Gesamtverband deutscher Metallindustrieller in Berlin an. Bei der diesjährigen Werkarbeiterbewegung hatten sie den Aussperrungsbeschluß des Gewerkschaftsverbandes prompt befolgt und 60 Prozent der Arbeiterschaft gelöscht. Es wäre auch zweifellos zur Aussperrung gekommen, wenn keine Einigung an der Wasserlauter erfolgt wäre.

Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, ihre Organisation auszubauen und dann eine Regelung ihrer Verhältnisse auf nachstehender Grundlage anzubauen:

1. Die Arbeitszeit beträgt im allgemeinen 10 Stunden. Für Öfenarbeiter 8 Stunden. Wo heute schon kürzere Arbeitszeiten bestehen, dürfen keine Verkürzungen stattfinden.

2. Für Überstunden ic. muß ein entsprechender Aufschlag bezahlt werden.

3. Feste Preisverzeichnisse für Klempner, Anschläger, Maschinenarbeiter ic. falls in besonderen Verhältnissen Akkordarbeit nicht angängig erscheint, anständlicher, den jeweiligen Verhältnissen entsprechender Zeitlohn.

4. Fortfall des Prämienlohns an den Oefen und in der Emaillierung. Dafür fester Zeitlohn oder Akkordpreisverzeichnisse.

5. Die Arbeiten in der Beize, den Sodaöpfen ic. werden in Zeitlohn ausgeführt. Lieferung von Schuhleidern und Schuhen, sowie Schuhmittel für die Hände seitens der Werke.

6. Fortfall der Frauenarbeit in der Beize und Emaillierung.

7. Schaffung von Arbeiterausschüssen als Schlichtungskommissionen ic. mit einem festen, die Aufgaben und die Tätigkeit des Arbeiterausschusses regelndem Statut.

Das wären brauchbare Vorschläge, auf denen eine tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Emailleindustrie erfolgen könnte. Selbstredend müssen die jeweiligen Verhältnisse gebührende Berücksichtigung finden.

Was kann vernünftigerweise gegen diese Vorschläge eingewendet werden? Im allgemeinen wohl nichts; und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die vorstehend geschilderten Verhältnisse diese Vorschläge gewissermaßen von selbst ergeben. Auf ein Moment sei aber noch besonders hingewiesen. Es könnte vielleicht hier oder dort eingewendet werden, die Preise, welche wir für unsere Waren von der Kundenschaft bekommen, sind veränderlich, so daß wir uns auf längere Dauer nicht binden können. Abgesehen davon, daß der Verband europäischer Emaillierwerke ja die Preise regelt, haben anderseits die Werke ja auch ihre Verkaufskataloge, welche auch nicht jedes Vierteljahr geändert werden, sondern meistens sind dieselben 2 und mehr Jahre in Kraft. Diese Kataloge widersagen aber auch den Einwand, die Produktion sei so mannigfaltig, daß man die Akorde nicht tariflich regeln könne. Vor mir liegen die Preiskataloge zwölf großer Werke. Der eine umfaßt 219, der andere 135 Verkaufspositionen. Wenn es möglich ist, den Verkaufspreis zu spezialisieren, dann muß es auch möglich sein, den Herstellungspreis festzustellen. Denn im Verkaufspreis spiegelt sich doch neben Einkaufspreis der Rohmaterialien, allgemeinen Kosten zuzüglich Gewinn nichts anderes als die Herstellungskosten in allen Phasen des Produktionsprozesses. Außerdem umfaßt das Akkordpreisverzeichnis der einzelnen Arbeiterklassen höchstens 20 bis 30 Positionen. Bei etwas gutem Willen und Entgegenkommen seitens der Fabrikanten ist eine tarifliche Regelung des Arbeitsverhältnisses in der Emailleindustrie sehr wohl möglich.

Den Arbeitern in der Emailleindustrie und ganz besonders unseren Verbandskollegen erwünscht die Pflicht unermüdlicher Auflärungsarbeit bei den Emaillierarbeitern. Sie unserem Verbande zuzuführen, muß unsere nächste Aufgabe sein. Daran wird eine Regelung der Arbeitsverhältnisse in einem Sinne möglich sein. Darum auf zur Tat. Erkennt eure Pflicht und stellt eure Position durch Eintritt in die Organisation.

Basiswirtschaftliche Rundschau.

Als das bedeutendste Ereignis auf dem internationalen Geldmarkt in der letzten Zeit darf die Heraushebung des Diskontsatzes der Bank von England von 5% auf 4½% gelten. Zu dieser Maßnahme konnte die Bank durch den Umstand bewogen werden, daß sie ihren Vorrat an Gold in der letzten Zeit stark vermehrt hat und noch weiter zu vermehren hofft. So sind dem Institut in der Zeit vom 20. bis 27. November 574 000 £ Gold vom Auslande zugeflossen, 339 000 £ strömten ab und zwar in der Hauptstadt nach Ägypten. (Kfz. Stg.) Die Bedeutung des Rückgangs des Diskontsatzes liegt darin, daß Gold nun wieder zu billigerem Preis zu erhalten ist, was naturgemäß auf die Belebung der ganzen Weltökonomie von großem Einfluß ist.

Die deutsche Reichsbank ist dem Beispiel der englischen Bank nicht gefolgt. Der Diskont steht nach wie vor auf 5%. Man hofft, daß die Reichsbank — trotz des Anziehens der Zinssätze — nicht genötigt ist, den Diskont zu erhöhen. Erniedrigt kann er nicht werden, da die Bank sehr stark in Anspruch genommen ist. Der Abrechnungsverkehr ist gegen den November 1909 um 418 Millionen gestiegen und betrug 4533,88 Millionen Mark. Am 23. November verfügte die Reichsbank über eine steuerfreie Notenreserve von 116,50 Mill. Mk. ist jedoch jetzt wieder mit 39,08 Mill. Mk. in die Notensteinsteuer gekommen — ein Zeichen des starken Anspruches. Der Geldmarkt in Deutschland ist aber im allgemeinen günstig.

Die Basiswirtschaft zeigt gegen die gleiche Zeit des letzten Jahres einen erheblichen Aufschwung, der sich vor allem auch in dem Beschäftigungsgrad der Arbeiter und fand gibt. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter pflegt — eine regelmäßige Erscheinung — in den Wintermonaten stark zu sinken. Auch in diesem Jahr ist im November, wie aus einzelnen Berichten von Arbeitsnachweisen entnommen werden kann, die Zahl der Arbeitslosen größer geworden als in den Vormonaten. Gegen den gleichen Monat des Vorjahrs jedoch ist die Zahl der in Arbeit stehenden erheblich gestiegen — ein starker Zeichen steigender Konjunktur, überhaupt laufen die Berichte in der Industrie im allgemeinen günstig. Rückgänge gegen das Vorjahr sind wohl hier und da zu verzeichnen, doch sind sie nicht bedeutend. Der Beschäftigungsgrad der einzelnen Werke ist meist zufriedenstellend. Die allgemeine Signatur ist entschieden aufsteigend.

Die Geschäftsberichte der einzelnen Unternehmen sprechen sich mit wenig Ausnahmen befriedigend aus. Die Abschlüsse sind günstig, manchmal sehr günstig. Einige Beunruhigungen vermögen den günstigen Eindruck, den das Gesamtbild bietet, nicht zu trüben.

Im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier ist eine Bohrbewegung in die Wege geleitet worden. Der sozialdemokratische Bergarbeiterverband hat den polnischen und Hirsch-Dunkerschen Verein der Bergarbeiter ins Schlepptau genommen. Dagegen hat der Gewerksverein Christlicher Bergarbeiter ein gemeinsames Vorgehen abgelehnt und selbständig eine Einigung an die Bechenunternehmer gerichtet. Die andauernde fanatische Kampfweise des sozialdemokratischen Verbandes gegen den christlichen Gewerksverein mußte es letzterem unmöglich machen, mit dem gehässigen Gegner gemeinsame Sache zu machen. Den Sozialdemokraten scheint es auch zweifelsohne mehr um politische Ziele und gegenseitige Verhetzung der Arbeiter als um eine wirtschaftliche Verbesserung zu tun zu sein. — In Oberbayern und Oberfranken gährt es ebenfalls unter den Bergarbeitern. Die Zahl der Arbeitslosen infolge des Streiks und der Aussperrungen in der Bijouterieindustrie in Pforzheim ist mit 28 000 nicht zu hoch gegriffen; die unorganisierten Arbeiter hatten sich vielfach den organisierten angeschlossen; außerdem mußten ca. 70 Fabriken stilllegen, weil ihnen einzelne Arbeiterkategorien fehlten. Die Bewegung ist für die Fabrikation gerade vor der Weihnachtszeit von größtem Nachteil, da erfahrungsgemäß um diese Zeit die meisten Bestellungen eingingen. Die französische Wollrurtenz besonders in Paris hat natürlich an dieser Entwicklung das größte Interesse. Noch unangenehmer als für die Weihnachtsaufträge, die doch zum guten Teil erledigt sind, macht sich die Bewegung für die Osteraufträge geltend. Von dem Arbeitgeberverband wurde am 30. November die Stilllegung sämtlicher Fabriken bis 2. Januar folgenden Jahres beschlossen. Rund 28 000 Arbeiter — insgesamt — sind ohne Arbeit.

In Italien wurde der Kammer ein Gesetzentwurf über die Reform des Eisenbahndiensts vorgelegt. Er schlägt die Neuanschaffung von 8000 Güterwagen vor, wozu 56 Mill. L. bewilligt werden sollen. Ob Aufträge für die ausländische Industrie daraus entstehen, dürfte fraglich sein, da die italienische Industrie große Aufträge annehmen kann.

In Argentinien liegt viel deutsches Kapital; dieses mächtig emporstrebende Land erfreut sich großen Vertrauens. Schon mehrfach hat es Deutschland bevorzugt; so auch jetzt wieder. Die argentinische Regierung hat bei den Höhnl & Werner A.-G. eine Bestellung von 4 Millionen gemacht. (Kfz. Stg.)

In Shanghai soll ein technisch kommerzielles Zentralbüro gegründet werden, um den Export deutscher Maschinen nach dem Osten zu fördern. Beteiligt sind 20 Firmen, darunter der Bainay Conzern, die jährl. Maschinenfabrik vorm. Rich. Hartmann, Ernst Schieß A.-G. Düsseldorf und die Werkzeugmaschinenfabrik Reinecker in Chemnitz.

Schon vor Monaten verbreitete sich die Nachricht, daß in Amerika die Stahlindustrie nicht mehr voll beschäftigt sei. Die neuesten Meldungen bestätigen das, nur bis zu 50 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit haben sie Aufträge; es finden bereits Entlassungen statt. Diese gedrückte Lage im Ausland kann für Deutschland verhängnisvolle Folgen haben. Noch gegen Ende Sommer tauchte die Nachricht von bedeutenden Exportreisemäßig-

gungen auf. In die letzte Woche fielen aber wieder bedeutende Aufträge, gegen Erwarten bedeutsam, wenn sie auch nicht so groß waren, wie im Vorjahr. Der Pennsylvania Rail Road gab einen Schienenauftrag von 150 000 To. Daß die Aufträge in Baustahl den Tiefstand im letzten Monat erreichten, liegt wohl an der Fahrzeitszeit. Die großen Fabriken der Metallindustrie schließen in diesem Jahre durchweg — mit wenigen Ausnahmen — gut ab.

Wie im Vorjahr so verteilt auch dieses Mal die Hohenzollern A.-G. für Lokomotivbau in Düsseldorf eine Dividende von 12 Prozent. Carl Haasner A.-G. Leipzig will eine Dividende von 10 Proz. gegen 9 Proz. im Vorjahr zur Verteilung bringen. Der Reingewinn beträgt 213 072 M., ein Mehr gegen das letzte Jahr von 78 680 Mark. Dazu müssen aber noch die hohen und zahlreichen Abschreibungen, die gemacht werden sollen, gerechnet werden. Eine allgemeine Abschreibung soll vorgenommen werden in Höhe von 37 016 M. Hierzu kommen Extraktionsabreihungen auf Kraft- und Heizungsanlagenkonto 10 000 Mark, elektrische Lichtanlage 6049 M., Maschinenkonto 10 000, technisches Einrichtungskonto 10 052 M., Inventarkonto 2 486 Mark, Werkzeugkonto 10 000 (6000 M. im Vorjahr.) Für Erneuerungen und technische Verbesserungen werden 20 000 Mark auf ein Konto gestellt, 29 758 M. (gegen 20 664 im Vorjahr) sollen vorgezogen werden. Insgesamt betragen die Abschreibungen mit Vortrag 102 166 Mark.

Die badische Maschinenfabrik u. Eisengießerei vor. G. Lebold u. Mess in Durlach schließt mit einem Reingewinn von 16 811 M. ab und verteilt 8 Prozent Dividende. Die Abschreibungen belaufen sich auf 119 711 M., der Vortrag auf 59 542 Mark.

Weniger glücklich arbeitete die Westfälische Maschinenbauindustrie Gustav Moll u. Co., A.-G., Neubedum. Das Aktienkapital beträgt 1 000 000 Mark, eine Dividende wird nicht verteilt; im Vorjahr betrug sie 4 Prozent. Der Reingewinn betrug im Vorjahr 66 815 M., in diesem Jahre 43 500 Mark. Daß trotzdem keine Dividende verteilt wurde, liegt in außerordentlichen Abschreibungen, die schwer zu dem Gewinn genommen werden. Die allgemeine Abschreibung außerhalb dieses beläuft sich auf 16 282 M. (g. gering!) Der Vortrag auf 12 315 Mark.

Die Reederstieg-Elektrowerft und Maschinenfabrik in Hamburg verteilt eine Dividende von 5 Prozent. Die Erhöhung des Aktienkapitals von 1 Million auf 10 Millionen Mark wurde beschlossen.

Schrauben- und Mutternfabrik vorm. S. Niehmu. & Söhne, A.-G., Berlin und Görlitz. Im Geschäftsjahr 1909/10, das am 30. Sept. abgelaufen war, erzielte die Gesellschaft nach Abschreibungen von 36 199 Mark einen Reingewinn von 42 579 Mark. Im Vorjahr betrug er 77 542 Mark, die Dividende wurde auf 3 Proz. (5½ Proz.) festgesetzt. An dem Rückgang des Gewinnes ist in erster Linie der niedrige Preis der Fertigfabrikate schuld.

Nürnberger Hersteller Werke A.-G. Der Abschluß ergab einen Reingewinn von 155 145 M. (146 893 M.); daraus werden 8 Proz. Dividende verteilt und 32 673 M. vorgezogen. Abgezweigt wurden 35 431 M..

Die Generalversammlung der Maschinenbauanstalt A.-G. vorm. Heinrich Kochstoch in Marienwerder genehmigte eine 10 prozentige Dividende.

Die gemischtten Werte, die im Roh-eisenhandel ihre Vertretung haben, verteilen ebenfalls mit die höchsten Dividenden. Die Generalversammlung der Gutehoffnungshütte Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb in Oberhausen setzte eine Dividende von 20 Proz. fest. Die gleiche Dividende wurde im Vorjahr verteilt.

Der Rothringer Hüttenverein Aumetz-Friede in Aue-Neuttingen erhöhte sein Grundkapital um 16,60 Mill. M. von frs. 35,50 Mill. auf frs. 56,25 Mill.

Düsseldorfer Eisenhütten-Ges. Düsseldorf hat einen Reingewinn von 245 692 M. (255 430 M.) zu verzeichnen, aus dem 8 Proz. (9 Proz.) Dividende verteilt und 81 862 M. (77 097 M.) vorgezogen werden sollen. Die Gesellschaft ist mit Wirkung vom 1. Oktober von der Firma Bühl und Salminan in Widow erworben worden.

Die rheinisch-nassauische Bergwerks- und Hütten-A.-G. zu Stolberg, Ahd. verteilt voraussichtlich eine Dividende von 20 Proz.

Die Stahlwerke Richard Lindenberg A.-G. verteilen auf 3 Mill. Aktienkapital 8% Dividende (Vorjahr 10 Proz.) Die Aussichten für das folgende Jahr sind günstig.

Eine recht interessante Statistik veröffentlicht die Frs. Atg. über die Tätigkeit des Stahlwerksverbands. Der Verband der Werte in Produktion A betrug im Oktober d. J. insgesamt 487 490 Tonnen Kohlensäure gegen 483 638 To. im Vorjahr und 460 275 To. im Oktober 1909. Die Entwicklung des Verbandes in den einzelnen Produkten zeigt folgende Tabelle:

in Tonnen Mio. Jahrschl.	Grob- eisen	Riegel	Walz- druck	Guss- u. Schmiede- stücke	Stöben	Reiß- seile
Jun. Et. .	2.563,403	728,474	452,486	401,927	70,414	4.122,794
Oktober	273,849	74,574	59,208	41,285	10,049	460,220
November	258,222	75,638	57,810	37,824	8,524	438,720
Dezember	264,578	75,638	58,158	38,820	8,242	446,443
Jahres- schl. „10)	2.903,127	891,826	613,982	4.9,890	40,515	5.034,310
Januar . .	267,910	80,455	56,696	39,994	7,450	453,925
Februar . .	270,919	74,677	60,861	42,334	7,310	450,285
März . .	287,640	75,781	65,774	42,722	8,371	450,285
April . .	297,023	88,439	63,448	45,171	7,803	450,287
Mai . .	271,430	74,576	59,408	37,550	7,896	512,328
Juni . .	308,354	88,280	59,520	45,576	11,464	479,106
Juli . .	280,154	79,392	54,990	44,166	14,497	493,449
August . .	289,069	84,917	58,949	45,917	13,247	483,448
September . .	280,102	83,010	60,983	46,346	13,371	487,490
Oktober . .	289,849	79,984	60,916	44,356	100,216	480,883
Jan. Et. .	2.842,490	808,462	601,718	437,200	14.180,883	

Seit Jahresanfang 1910 beträgt danach der Verband an B-Produkten 4 789 888 To. gegen 4 122 794 To. im Vorjahr oder rund 665 000 To. mehr. Für A- und C-Produkte zusammen betrug der Verband im Oktober d. J. 946 939 To. gegen 932 720 To. im Vorjahr und 881 169 To. im Okt. vorigen Jahres und der Verband der ersten neun Monate 5 143 834 To. gegen nur 8 286 652 To. im entsprechenden Zeitraum 1909, mithin eine Bunahe um 87 182 To. oder etwa ein Beinhel.

A.-G. Eisenwerk Röde Dortmund. Die Gesellschaft konnte im Geschäftsjahr 1909/10 ihren Walzwerksbetrieb fast ständig im ganzen Umfang aufrecht erhalten. Der Geschäftsbericht meldet, daß der Bau des Siemens-Martin-Stahlwerks seiner Vollendung entgegensteht. Er dürfte sich zunächst auf 1 200 000 Mark stellen. Der erste Ofen des Stahlwerks wurde bereits im September in Feuer gesetzt. Der Reingewinn beläuft sich auf 144 045 M. (gegen 201 215 M. im Vorjahr). Zur Verteilung kommen 5 Prozent (7) Dividende, insgesamt 80 000 M. Die Abschreibungen betragen 76 319 M. (i. B. 80 718 M.). Der Bericht spricht sich über die Marktverhältnisse befriedigend aus.

Das Elektrizitätswerk Weiltingen-Pleiderheim A.-G. Weiltingen machte im ersten Geschäftsjahr vom 22. März bis 30. Juni die Arbeiten für den Ausbau des Werkes. Stromlieferungsverträge wurden abgeschlossen mit den Gemeinden des Oberamtsbezirks Ludwigsburg. Das Werk hat einen Ausfall von 16 973 M. zu verzeichnen, was aber zu keinen Bedenken Anlaß geben kann, da ja der Betrieb in vollem Umfang erst aufgenommen werden soll. Das Aktienkapital beträgt 2,5 Mill. M., von denen noch 1,15 Mill. ausstehen. Das Unternehmen steht in Verbindung mit dem alten Feltai- und Guilleaume-Lanieher Konzern.

Siemens u. Halsie A.-G. verteilt voraussichtlich eine Dividende von 12 Prozent. Die Siemens-Schuckertwerke G. m. b. H. wollen wieder 10 Prozent verteilen.

Die Kemperwerke Elektrizitäts-A.-G. München verzeichnen einen Reingewinn von 127 710 Mark.

Materialprüfungen im Agl. Materialprüfungsamt zu Großlichterfelde-West bei Berlin.

Auch in diesem Jahre sind in den Abteilungen für Metallprüfung, Metallographie und allgemeine Chemie des Königl. Materialprüfungsamtes zu Großlichterfelde-West bei Berlin, dessen Einrichtung ich schon in einer früheren Nummer dieser Zeitung (Nr. 51, 1908) kurz besprochen habe, recht interessante Untersuchungen und Begutachtungen ausgeführt worden. Greifen wir einige heraus:

An Probestäben, die den Gurtungen und Querträgern alter ausgewichelter, schweißerner Ueberbauten aus der Mitte der Dehnungen, und von den Trägerenden entnommen waren, wurden Zerreißversuche angestellt und ergaben sich für die verschieden hoch beansprucht gewesenen Stücke fast die gleichen Bruchspannungen und Dehnungen; vergleichsweise Versuche mit ausgeglühten Stäben zeigten nur geringe Abnahme in der Festigkeit, die die Eigenschaften des Eisens hatten also durch den etwa 50 jährigen Betrieb nicht gelitten. Mit Bruchstücken von Kanalisationsrohren, die teilweise beim Transport, teilweise nach kurzer Benutzung gesprungen waren, wurden Zug- und Biegeversuche an herausgezogenen Probestäben ange stellt, welche zeigten, daß die Materialeigenschaften den gebräuchlichen Anforderungen nicht entsprachen, so war besonders die Durchbiegung der Stäbe beim Bruch unzureichend.

Ein im Betrieb gerissenes Trägerteil wurde untersucht und zeigte sich, daß die Entstehung des Bruches nicht von mangelhaftem Material herührte, vielmehr deutete das Aussehen des Seiles darauf hin, daß dieses sowohl durch die Seiltemme hindurchgezogen war, daß das Seilende seitlich über den Boden des Förderkorbes hingestragt; das Seil hat sich wahrscheinlich im Schacht verfangen und ist dann beim Aufwärtsgehen des Förderkorbes zerrissen worden. Weiter kam ein Seil zur Begutachtung, das als Hubseil eines hydraulischen Kratzes für 6000 kg Höchtlast bestimmt und beim Abseilen eines mit flüssiger Schlämme gefüllten Tiegels an der beweglichen Rolle zerriß war; man stellte mit Seilabschütteln, die dem zerrißenen Seil an Stellen, die die ursprüngliche Seilfestigkeit noch annähernd besaßen, entnommen waren, Zugversuche an und ergaben diese im Mittel 45 000 kg Bruchfestigkeit. Ferner zeigten Zugversuche und Biegeversuchen mit einzelnen Trägern, daß das ursprüngliche Material gleichmäßig und nicht spröde war, sobald man die Bruchurache nicht auf zu geringe Seilfestigkeit oder auf mangelhaftes Material zurückführte könnte. Als Ursache für den Seilbruch (Durchmesser 3 Centimeter) konnte einwandfrei festgestellt werden, daß sich das Seil an den über die bewegliche Rolle gelauenen Stellen in sehr schadhaften Zustand befand und zwar bestanden die Schäden in starken Abnugungen, durch die zahlreiche Träte stellenweise völlig zerstört waren. So zeigten an der Bruchstelle von 343 Trägern nur etwa 29 Träte Einschränkungen, die übrigen waren infolge der Querschnittsschwächung an verschlissenen oder verdrückten Stellen gebrochen. Das Zerreissen des Seiles war also durch Schäden, die der Betrieb mit sich brachte, verursacht.

Versuche auf innen Wasserdruck wurden verschieden angestellt und zwar kamen neben Ton- und Zementröhren drei an einem Ende zugeschweißte Röhre von 3,5 Centimeter äußerem und 2,3 Centimeter innerem Durchmesser. Der Bruch erfolgte in der Nähe der zugeschweißten Röhrenden bei 1650, 1830 und 1850 atm. oder bei 3110, 3190 und 3110 kg/qcm. Materialspannung.

Zugversuche an 5/8 Schrauben mit geschnittenem und gewalztem Gewinde ergaben folgende Werte: Beim geschliffenen Gewinde 4600 = 3480 kg/Quadratm. Streckgrenze, 5950 kg = 4500 Bruchspannung, bei dem gepressten Gewinde 6400 = 5040 kg/Quadratm. Streckgrenze und 7450 = 5890 Bruchspannung. Weiter wurden Prüfungen mit selbsttätigen Feuerlöschbräusen vorgenommen, die den Zweck haben, ein ausgebrochenes Feuer nicht nur auf einen engen Herd zu begrenzen, sondern auch ein möglichst schnelles Löschchen zu erreichen. Diese Prüfungen erstreckten sich auf die Bestimmung des Wirkungsbereiches und der Gleichenheit der Wasserdruckaufteilung, auf die Prüfung, inwieweit die Brausen bei verschiedenen Drucken und kurzen Wasserstößen dicht halten, ferner auf die Bestimmungen des Wärmegrades zum Abkönnen der Brausen im Luft- und Wasserbad. Die Größe der benetzten Bodenfläche betrug aus einer Höhe von etwa 2,8 Mtr. ca. 4,2 Mtr. im Durchmesser und nahm die Benetzung nach dem Rande der Fläche hin ab. Bei 15 atm. Wasserdruck und bei kurzen Wasserstößen wurden einige Verschlüsse undicht; das Abkochen der Verschlüsse trat im Wasserbade bei ca. 73,9 Grad Celsius, im Luftbade bei ca. 112,9 Grad Celsius ein.

Wiederholte ist die Frage aufgeworfen und untersucht worden, welche Eisenarten: Fluzeisen, Schweißeisen oder Gußeisen am ehesten durch Rost zerstört werden. Durch Dauerversuche (19 Monate) konnte man feststellen, daß der Rostangriff von Schweißeisen und Gußeisen bald größer, bald wieder kleiner ist, als der von Fluzeisen und zwar pendeln die Gewichtsabnahmen von Schweißeisen und Gußeisen um die Gewichtsabnahme des Fluzeisens herum. Wenn sich das Wasser, dem die Eisenarten ausgesetzt sind, in Bewegung befindet, liegen die Verhältnisse anders und zwar war dann der Angriff auf das Gußeisen wesentlich stärker als auf das Schmiedeeisen, indes wird der Vorteil des Fluzeisens gegenüber dem Gußeisen wieder dadurch wett gemacht, daß der Angriff des Gußeisens im bewegten Wasser sehr ungleichmäßig erfolgt. Die Annahme, daß der Säureangriff einen Maßstab für die Stärke des Rostangriffes darstellt, ist schon wiederholt widerlegt worden. Bei Verwendung von einprozentiger Schwefelsäure ergaben sich für die drei untersuchten Eisenarten Flu-, Schweiß- und Gußeisen folgende Gewichtsabnahmen: Fluzeisen-Schweißeisen: Gußeisen = 1:2:100 und bei Benutzung von Wasser, das mit Kohlensäure gesättigt erhalten wurde, 1:1,34:4,3. Die Schutzwirkung des Kohlensäuren-Natriums wird durch Zusatz von Kochsalz aufgehoben, ebenso die Schutzwirkung des doppelt kohlensäuren Natriums; Chlorammonium hat auf kohlensäures Natrium ähnliche Einwirkungen wie Kochsalz, doch ist die Wirkung etwas schwächer. Schwefelsäures Natrium übt keine wesentliche Wirkung aus. Bei höheren Temperaturen war die Wirkung des Rostangriffs viel stärker und zwar geht die Steigerung bis zu einer bestimmten, bei etwa 60–80 Grad liegenden Temperatur, dann sinkt das Angriffsvermögen wieder herunter.

Bei der Untersuchung von Rostangriff handelt es sich um gußeiserne Leitungsröhre, die nach 40 resp. 25jähriger Benutzung besonders auf der

höheren Rohrwand starke Versetzungserscheinungen aufwiesen. Der Boden, in dem die Rohre lagen, war reich an Schweißfleischen, sodass durch Verziehung des Schweißfleisches bei Gegenwart von Lust und Feuchtigkeit Schwefelsäure entstand, die das Eisen der Höhe überall dort, wo der Schuhanstrich verlegt war, angriff. Auch die Art des Speisewassers kann den Rostangriff neben anderen Ursachen beeinflussen, ist z. B. dass Speisewasser so rein, dass es sich dem destillierten Wasser nähert, so kann schon dadurch ein starker Angriff bewirkt werden, weil destilliertes Wasser das größte Lösungsvermögen für Lust, also für Sauerstoff, hat. Zusatz von Soda kann unter bestimmten Umständen den Angriff des Eisens verhindern, evtl. kann aber auch unter anderer Bedingung das Gegenteil stattfinden. Wie das königl. Materialprüfungsamt festgestellt hat, beginnt diese Schädigung der Sodalösung bei Zimmertemperatur erst bei mindestens 10 Gramm Soda im Liter, bei höheren Temperaturen rückt der zur Schädigung erforderliche Mindestzusatz herunter, so z. B. bei 95 Grad Celsius bis auf 1 Gramm im Liter. Besonders gefährlich wirkt bei Zimmertemperatur ein Gehalt von etwa 1 Gramm und bei 95 Grad Celsius ein Gehalt von etwa 0,005 Gramm Soda im Liter, man spricht dann von einem kritischen Gehalt. Vielfach fanden auch vergleichende Rostversuche mit den eingesonderten Speisewässern und mit Leitungswasser des Amtes zur Ausführung. Das Leitungswasser des Amtes hat folgende chemische Zusammensetzung:

In 1 Liter Wasser sind enthalten:

Nickelfärbere	0,012 g
Eisenoxyd	Spuren
Tonerde	Spuren
Kalk	0,096 g
Magnesia	0,012 g
Natriumoxyd	fehlt
Kaliumoxyd	fehlt
Kohlen säure (einfach gebunden)	0,071 g
Schwefelsäure	0,034 g
Chlor	0,026 g

Der Gesamtrückstand bei 125 Gr. C.

getrocknet beträgt für 1 Liter 0,280 g.

Mit diesem Leitungswasser speist das Amt seit Jahren seine Kessel, ohne dass bisher starker Rostangriff aufgetreten wäre. Das Wasser eignet sich also zum Vergleich.

Zum Schutz von Eisenrohren vor Rost versucht man sie meistens mit Anstrichen, die jedoch nur dann wirksam bleiben, solange sie dicht und unverletzt sind. Der Rost zeigt die Eigenartlichkeit, zwischen Eisen und Schutzschicht weite Strecken hin fort zu ziehen und die Schutzschicht abzuheben. So war z. B. ein Eisenträger mit einem Mennigeanstrich versehen und nur die Kopffläche des Trägers, die den Witterungseinflüssen ausgesetzt war, wurde frei gehalten vom Anstrich. Das Amt stellte fest, dass von den angerosteten Kopfflächen der Rost unter dem Anstrich weiter getrochen war und zum Abblättern des Anstrichs führte. Auch Übersprüge von Säuren Eisen nur, solange sie nicht verletzt sind und kleine Fehlstellen in der Verzinnung ziehen sofort starken Rostangriff des Eisens nach sich. Sint schütt bis zu einem gewissen Grade das Eisen vor dem Rostangriff, es wird aber selbst in Berührung mit Eisen und Wasser stark angegriffen, neuverzinkte und elektrolytisch verzinkte Rohrabschnitte wurden unter gleichen Versuchsbedingungen der Einwirkung destillierten Wassers ausgesetzt. Während die electrolytisch verzinkten Rohrabschnitte nach 148 Tagen stark angerostet waren, zeigten die neuverzinkten Rohre keinen Rostangriff. Dreifigprozentiger Nickelstahl draht rostete in destilliertem Wasser und im Leitungswasser fast garnicht, in dreiprozentiger Kochsalzlösung rostete der Nickeldraht stark, aber schwächer als Eisendraht. Auch Magnesium und seine Legierungen sind bei Feuchtigkeit zerstört worden und zwar ist der Reinheitsgrad des Metalls oder die Art der Legierung von Bedeutung dabei.

Bei der Untersuchung von Bronze Proben auf Gefüge und Härte zeigt es sich, dass die mechanischen Eigenschaften der Bronze in weitgehendem Maße durch die Geschwindigkeit der Abführung nach dem Guß beeinflusst werden; so steigert schnellere Abführung bei gleich hohem Zinngehalt die Härte wesentlich. Ein im Betrieb aufgeplaktes gelötetes Kupferdraht zeigte in der Nähe der Lötnahme zahlreiche feine Haarrisse, die von einem geringen Gehalt an Kupferoxydul kamen. Wenn Kupfer bei Glühhitze mit wasserhaltigen Gasen in Berührung kommt, entstehen ähnliche Haarrisse, ein Fall, der z. B. eintreten kann, wenn bei der Lötnahme mit Reuktgas erhitzt wird und die Flamme unverbrenntes Reuktgas, also ohne Wasserstoff, enthält.

Ferner galt es, die Ursachen, durch welche die Verstörung eines Kabels herbeigeführt worden war, festzustellen. Die Kupferdrähte des Kabels waren mit einer Lackierung, einer Zürsicht, einem Bleimantel und einer ansteinend imprägnierten Gewebejute umhüllt; die äußere, hart gewordene Gewebejute war zerfressen, der Bleimantel war durchlöchert und zeigte Ablagerungen von weißen Salzkristallen. Die teilweise Verfärbung der Gewebebestoße ließ darauf schließen, dass Salpetersäure die Ursache der Kabelzerstörung gewesen sei. Noch zahlreich an der Berührungsfläche über Heizmaterialien, Schmieröle usw.

sind im vergangenen Jahre vom Materialprüfungsamt ausgeführt worden, eine Versprechung derselben würde uns aber zu weit führen

Dr. B.

Die Kommissionsberatung der Reichsversicherungsordnung.

Nach der Regierungsvorlage soll das Versicherungsamt Spruchbehörde in erster Instanz sein in Unfall- und Krankenversicherungs-Streitsachen; in Invaliden- und Einzelbleibenerententsachen sollte es die Anträge auf Rente entgegennehmen, sie eingehend prüfen und das Material dem Versicherungsträger zusenden, welcher dann die Rente festzustellen und dem Versicherten einen diesbezüglichen Bescheid zu erteilen hat. Nach den Beschlüssen der Kommission ist das Versicherungsamt Spruchbehörde erster Instanz lediglich in *kranken und verwirrten Streitsachen*. In solchen Sachen kann nach dem Kommissionsbeschluss (§ 1619a) der Vorsitzende des Versicherungsamtes ohne Bezugnahme der Ressort aus Arbeitgeber- und Arbeitertreinen entscheiden, wenn es sich handelt um

1. lediglich rechnerisch Feststellung der Dauer und Höhe der Krankenhilfe,
2. Gewährung der Krankenhauspflege anstelle der Krankenpflege,
3. Sterbegeld,
4. Leistungen im Gesamtwert von weniger als 50 M.

Das Versicherungsamt soll nach den Beschlüssen der Kommission in Unfallsachen nicht Spruchbehörde erster Instanz sein. Es hat vielmehr nur eine mehr oder minder unbestimmte Aufgabe zwischen Rentenbewerber und Versicherungsgenossenschaft beizumachen, die wie folgt gestaltet ist:

Die Versicherungsgenossenschaft erlässt wie bisher einen Vorbescheid. Die Vorlage hatte den Vorbescheid fallen lassen, weil er nach allseitiger Übereinstimmung in gegenwärtiger Ausmachung vollständig überflüssig war. Die Beschlüsse der Kommission aber haben dem Vorbescheid eine große Tragweite gegeben. Es ist dem Versicherten im Vorbescheid mitzuteilen, ob eine Rente gewährt werden und wie hoch sie sein soll. Die Berechnung der Rente muss klar und verständlich sein. Ist der Versicherte dann mit dem im Vorbescheid Angekündigten nicht einverstanden, so kann er Einspruch erheben, und zwar bei dem zuständigen Versicherungsamt, welches ihn unverzüglich an den Versicherungsträger weiterzugeben hat.

Die rechtzeitige Erhebung des Einspruchs begründet das Recht des Berechtigten auf persönliches Gehör. Die Vernehmung kann nach Bestimmung der für den Erfolg des Vorbescheides zuständigen Stelle vor einer in §§ 1552 bis 1554 bezeichneten Stelle (das sind der Sektionsvorstand des Versicherungsgenossenschafts oder deren Hauptvorstand) oder vor dem für den Wohnsitz des Berechtigten zuständigen Versicherungsamt erfolgen. Der Berechtigte kann verlangen, dass seine Vernehmung vor dem zuständigen Versicherungsamt erfolgt.

Ist nicht schon durch den Versicherungsträger ein Arzt gehört worden, dem der Versicherte nach eigener Wahl seine Behandlung übertragen hat, so hat auf den bei der Vernehmung zustellenden Antrag des Versicherten und nach Anhörung des Versicherungsträgers das Versicherungsamt das Gutachten eines bisher noch nicht gehörigen Arztes einzuhören. Wenn der Berechtigte die Kosten im voraus entrichtet, so steht ihm die Bestimmung des zu hörenden Arztes zu. Die Kosten sind von dem Versicherungsträger zu erstatten, wenn bei der endgültigen Feststellung auf Grund des neuen Gutachtens eine Rente, deren Ablehnung im Vorbescheid angekündigt war, gewährt oder eine ihm in Aussicht gestellte Leihrente erhöht wird.

Lehnt der vom Versicherungsamt oder Berechtigten bestimmte Arzt die Erstattung des Gutachtens ab, so entscheidet das Versicherungsamt, ob von einem anderweitigen Arzte und von welchem ein Gutachten einzuhören ist.

Auch unabhängig von der Voransetzung des vorstehenden Absatzes kann der Berechtigte die Einholung eines Gutachtens eines von ihm bestimmten Arztes verlangen, wenn er die Kosten vorher bezahlt.

Das Versicherungsamt entscheidet, wie weit dem neuen Gutachter die vorhandenen ärztlichen Gutachten und übrigen Verhandlungen mitzuteilen sind.

Der Vorbescheid muss einen Einspruch auf das Einspruchstricht enthalten, sowie die Einspruchsfrist genau bezeichnen; er muss weiter den Versicherten informieren über seine Rechte hörung eines Arztes. Von dem Versicherungsträger sind dann der um die Vernehmung des Rentenbewerbers ersuchten Stelle die Verhandlungen über die von dem Versicherungsträger bereits angestellten Ermittlungen zu übergeben.

Er scheint der Borgeladene in dem für seine Vernehmung angelegten Termine nicht, ohne dass für das Ausbleiben triftige Gründe angegeben werden, so gilt der Einspruch als erledigt und es sind die Verhandlungen mit entsprechender Rücksicht der für die Feststellung zuständigen Stelle unverzüglich zurückzugeben.

Es scheint jedoch der Borgeladene, so wird über seine Zeugungen eine Niederschrift aufgenommen. Hierbei hat die zur Vernehmung berufene Stelle aufs tunlichst genaue und vollständige Ausführung der für die Feststellung erheblichen Tatsachen und auf Angabe von Beweismitteln einzurichten.

Die Niederschrift ist mit den Verhandlungen an die für die Feststellung zuständige Stelle unverzüglich weiter zu geben.

Die zur Vernehmung zuständige Stelle kann der Niederschrift auf *Zeitungslage* über den Grad der Erwerbsunfähigkeit des Verlebten hinzufügen, sobald jenseit der Eröffnung die Entschädigungspraktisch stiftig ist, auch darüber sich äußern. Dann hat der Versicherungsträger den Endbescheid zu erlassen und zwar

josefern der Berechtigte sich mit dem Inhalt des Vorbescheides ausdrücklich einverstanden erklärt hat, nach Eingang der Erklärung des Einverständnisses, josefern eine solche Erklärung nicht eingegangen, aber auch ein Einspruch erhoben ist, nach Ablauf der im § 1564

bezeichneten Frist zur Erhebung des Einspruchs (was sind zwei Wochen), sofern Einspruch erhoben ist, nach Eingang der Niederschrift über die Neuerungen des Berechtigten (§ 1564a) oder der Mitteilung über sein Nichterscheinen im Vernehmungsstermin (§ 1564b).

Hat der Berechtigte sich auf dem Vorbescheid geäußert, so können über seine Ansprüche vor Erlass des Endbescheides noch weitere Ermittlungen angestellt werden. Der Endbescheid ist gleich dem Vorbescheid zu beurteilen und hat ebenfalls Art und Höhe der Rente bezüglich überhaupt eine Rente gewährt werden soll, erheben zu lassen.

Ist durch den Vorbescheid die Gewährung einer Rente in Aussicht gestellt worden, so darf ohne vorgängigen Erlass eines neuen Vorbescheides durch den Endbescheid die Entschädigung nicht endgültig festgestellt werden, ein entsprechender Vorwurf gewährt werden muss. Soll eine gewährte Rente wegen Aneide rung der Verhältnisse herabgesetzt oder einzogen werden, dann gelten auch die Vorschriften über den Vorbescheid und Endbescheid. Nur im Falle des Ruhens einer Rente bedarf es nur der Einteilung eines Endbescheides.

Die anderweitige Feststellung erfolgt nach Ablauf der ersten fünf Jahre von der Rechtskraft des Bescheides oder der Entscheidung ab, durch den die Entschädigung zuerst endgültig festgestellt worden ist, sofern nicht über die anderweitige Feststellung zwischen dem Versicherungsträger und dem Empfangsberechtigten ausdrückliches Einverständnis erzielt ist, nur auf Antrag durch Entscheidung des Oberver sicherungsamts.

Diese Bestimmung ist von der Kommission aus dem bisherigen Recht wieder übernommen worden, muss aber unseres Erachtens in zweiter Lesung wieder gestrichen werden, weil sonst dem Versicherten die Wohlthaten des Vorbescheides entfallen. Daran hat die Kommission nicht gedacht; sie wollte vielmehr die in der Konstruktion des bisherigen Rechtes liegende Wohlstat dieser Bestimmung dem Versicherten erhalten. Jetzt wäre sie aber keine Wohlstat mehr für den Verlebten.

Die Gewährung, Ablehnung, Herabsetzung oder Entziehung der Unfallentschädigung für solche Verlebten oder deren Hinterbliebene, die sich zur Zeit der Feststellung oder Neufeststellung im Auslande befinden, kann ohne vor gängigen Vorbescheid durch Endbescheid erfolgen.

Beanspruchte der Verlebte wegen Aenderung der Verhältnisse die Erhöhung der Wiederholung oder Entziehung einer Rente, so hat er seinen Einspruch bei dem Versicherungsträger oder dem Versicherungsamt anzumelden. Das Versicherungsamt gibt den Antrag unverzüglich an den Versicherungsträger ab und teilt ihm den Tag des Eingangs mit. Der Versicherungsträger hat Endbescheid zu erteilen; für diesen gelten die §§ 1564c bis 1, 1565 bis 1567.

In diesem Falle gibt es zwar keinen Vorbescheid, wohl aber haben dieselben Verhandlungen am Versicherungsamt über der sonstigen berufenen Stelle stattzufinden. Bei einer Kapitalabfindung ist ebenfalls nur ein Endbescheid zu erteilen mit den vorhergehenden Verhandlungen am Versicherungsamt.

In dem Endbescheid, der eine Kapitalabfindung feststellt, ist der Berechtigte darauf hinzuweisen, dass er nach der Abfindung keinen Anspruch auf Rente mehr habe, auch wenn sich die Unfallfolgen verschlimmern sollten.

Erteilt der Versicherungsträger, bevor die frühere Entscheidung über die Höhe der Entschädigung rechtskräftig wird, einen neuen Endbescheid, so gilt das Rechtsmittel gegen den ersten Endbescheid auch für den neuen Endbescheid. Damit ist die Kommission einem bringenden Bedürfnis entgegenkommen. Zu bemerken wäre dann noch, dass der Endbescheid den Vermiel haben muss, genau wie bisher, dass er endgültig wird, wenn der Berechtigte nicht binnen eines Monats nach Zustellung die Verjährung bei dem Oberver sicherungsamt einlegt.

Gewerbstätigliches.

Leistungsfähigkeit der sozialistischen Gewerkschaften

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsorganisationen haben das sozialistische Streben, vor der Öffentlichkeit und in der Agitation mit ihren gewaltigen Bissern zu prunken. Damit soll der Anschein erweckt werden, als ob diesen großen Zahlen auch die größte Leistungsfähigkeit innewohnte. Gewiss, absolut sieht das ja aus, aber es ändert sich das Bild, sobald man die Verhältniszahlen nimmt. Vergleicht man diese, so ergibt sich, dass die christlichen Verbände in der letzten Entwicklungssperiode ungünstiger abgeschritten haben, als die sozialdemokratischen.

Es erhöhten die sozialdemokratischen Gewerkschaften ihre Mitgliederzahl vom Durchschnitt des Jahres 1908 zum Durchschnitt des Jahres 1909 nur um 936 Mitglieder = 0,05 Prozent, oder auf je 10 000 um 5 Mitglieder; die Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften vermehrte sich in dem gleichen Zeitraum um 6232 = 2,3 Prozent, oder auf je 10 000 um 230. Hier ist der Unterschied demnach sehr wesentlich. Vom Schlusse des Jahres 1908 zum Schlusse von 1909 gerechnet dagegen beträgt das Wachstum der sozialdemokratischen Gewerkschaften 94 605 = 5,2 Prozent, dasjenige der christlichen Gewerkschaften 19 294 = 7,8 Prozent. Letzteres überstieg somit dasjenige der sozialdemokratischen Gewerkschaften noch um mehr als 2 Prozent.

Auch in finanzieller Beziehung haben sich die christlichen Gewerkschaften relativ günstiger entwickelt als die sozialdemokratischen. Was die Einnahmen anbelangt, so erhöhten jene diejenigen der den sozialdemokratischen Gewerkschaften von 48 544 396 auf 50 529 114 M. Die Erhöhung beträgt somit 1984 718 M. oder etwas mehr als 4 Prozent. Bei den christlichen Gewerkschaften stiegen die Einnahmen von 4 394 745 auf 4 612 920, das ist um 218 175 M., so dass sich hier die Zunahme auf annähernd 5 Prozent belief.

Sehr günstig haben die christlichen Gewerkschaften auch in Bezug auf die Vermehrung ihrer Vermögensbestände abgeschnitten. Das Vermögen der sozialdemokratischen Gewerkschaften wurde von 40 839 791 M. in 1908 auf 43 480 933

ge in 1909 gebracht. Das kommt einer Steigerung um 2 641 411 Mark oder 6,5 Prozent gleich. Der Kassenbestand der christlichen Gewerkschaften dagegen erhöhte sich von 4 513 409 M. in 1908 auf 5 365 338 M. in 1909, das ist um 861 929 M. oder nicht weniger als 18,9 Prozent.

Diese Ziffern tun dar, daß die christlichen Organisationen hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit hinter den sozialdemokratischen nicht nachstehen brauchen. Diese Tatsache fällt um so schwerer ins Gewicht, wenn man bedenkt, daß die christlichen Verbände erst eine Vergangenheit von einem Jahrzehnt hinter sich haben, die sozialdemokratischen meist zu Bielsches davon!

Zum Kapitel Jugendgewinnung.

Eine beachtenswerte Botschrift eines Jugendver einspräses zu dieser Frage veröffentlicht der Bergknapp in seiner Nr. 49. Die Botschrift, welche auch für unsre Kollegen und Freunde draußen von Interesse ist, lautet:

Die Präsidien der katholischen Jünglingsvereine im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sind sich wohl ohne Ausnahme darüber klar, daß sie nicht bloß die Jugend sittlich-religiös vor den Gefahren der Welt zu bewahren haben, sondern, daß sie dieselbe auch sozial schulen müssen für die wirtschaftlichen Aufgaben der Gegenwart. Was nicht es denn am Ende, wenn wir die jungen Deute einige Jahre an unsere Fahne gefesselt und sie dann schließlich zu unserem größten Leidwesen doch ins Lager der "freien" Gewerkschaften, des Sozialismus und damit nach und nach zur religiösen Gleichgültigkeit und zum Freidenken abdriften sehen? Das Hauptziel der konfessionellen Jugendvereine ist dann gründlich vereitelt. Darum ist ein Gebot der Selbstbehaltung, die Jugend von vornherein auf die Pflicht hinzuweisen, daß sie sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen habe. Doch wie soll das geschehen?

Durch einen Vortrag im Jahre wird da nicht viel erreicht werden. Schulung, lautet die Parole; intensive und systematische Schulung vor allem in den Unterrichtskursen. Wenn auch nur eine beschränkte Anzahl sich an diesen Kursen beteiligen mag, glaube ich aber, daß diese Mitglieder bei ihren Kameraden die besten Pioniere für die Organisation sein werden. Wenn der Verfasser der Botschrift aus Schlesien (Nr. 48 des "Bergknappen") meint, man möge im Sommer auch Spaziergänge mit den Jugendlichen veranstalten, so möchte ich doch dem widersprechen, und zwar im Interesse der Jünglingsvereine. Die Einrichtung von Bibliotheken, die ebenda empfohlen wird, ist zweckmäßig für Fachliteratur. Zur Beschaffung von Unterhaltungslektüre verweise man an die Vorromausverkäufe und ähnliche Institute. Ich befürchte sonst, daß der eine oder andere Präses in seiner Arbeit und Förderung für die Jugendabteilungen versagen dürfte. Gut wäre es auch, wenn die Gewerkschaftssekretäre und die Bezirksstellen sich etwas mehr als bisher mit den Leitern der Jugendvereine in Verbindung setzten. Sie werden meistens viel Entgegenkommen finden.

Schließlich möchte ich noch auf einen Einstand hinweisen, den man hier und da bezüglich der Jugendorganisation wohl mal hören kann, nämlich: Man verschone unsere Jugend doch solange als irgend möglich mit den wirtschaftlichen Kämpfen; es ist schon genug, daß die erwachsenen Arbeiter sowohl darunter zu leiden haben. Das heißt doch die Lage vollständig verklären, denn wo gibt es heutzutage einen jugendlichen Arbeiter, der nicht schon mitten im wirtschaftlichen Kampf steht? Es heißt also nicht sie hineintrieben, es heißt ihnen Schuh und Satt in diesem Kampfe geben, wenn man sie für den Anschluß an die christlichen Gewerkschaften zu erwärmen sucht."

Evangelische Männer- und Jünglingsvereine und christliche Gewerkschaften.

Welche Stellung haben wir zu den Jugendorganisationenbestrebungen der evangelischen Arbeitervereine und der christlichen Gewerkschaften einzunehmen?" lautete das Thema, welches von Herrn Direktor P. Stuhmann auf der Konferenz der Bundesvertreter des Westdeutschen Jünglingsbundes in Barmen behandelt wurde. Die überzeugenden Ausführungen, in denen der Ernst der gegenwärtigen Lage für unsere christliche Arbeiterjugend den Anwesenden klar vor Augen geführt und auch die Notwendigkeit der sozialen Aufklärung besonders unter den evangelischen Jugend betont wurde, zeitigte nach eingehender Ausprache den erfreulichen Beschluß, möglichst überall evangelische Jugendausschüsse zu bilden, in denen die evangelischen Jünglings- und Arbeitervereine sowie die christlichen Gewerkschaften durch evangelische Kollegen vertreten sein sollen. Auch der Beschluß, der die Herausgabe eines sozialen Handbuches für Leiter und Mitarbeiter der evangelischen Männer- und Jünglingsvereine festlegte, muß freudig begrüßt und zur Nachahmung empfohlen werden. Besonders wenn Männer wie Direktor P. Stuhmann und Viz-Direktor Weber durch ihre Mitarbeit dafür garantieren, daß etwas Brauchbares geschaffen wird, zum Nutzen unserer christlich-nationalen Bewegung.

Beregenheitswortkunst.

Unsere Zeitschrift in Nr. 45, daß die sozialdemokratische "Metallarbeiter-Zeitung" bezüglich der Beleidigung industrieller Werke in offensichtlich plumper Weise mit zweierlei Maß mißt, ist dem Blatt äußerst unangenehm gewesen. Dreist und töhn versucht es die Sache so zu buchen und zu deuteln, daß nicht sozialdemokratische Doppel moral, sondern christliche, "Schwindelmann", "Unterschlagung" und "Verlogenheit" daraus zu erkennen seien soll. Wie ein gewandter Dichtspieler und Zauberkünstler versteht das sozialdemokratische Verbandsorgan aus weiß im Handumdrehen schwarz zu machen.

Wir sollen in unsrer Kritik die (der "Met.-Ztg." als Hintertüre ausgeschlagend erschienende) Tatsache „unterdrückt“ haben, daß der Direktor des Werkes, das die Besucher per Wagen am Bahnhof abholte, und mit einem Trümmer bewohnte, früher ein Arbeiter gewesen sei. Dies sei nämlich den Teilnehmern am Besuch gänzlich verschont worden und das Gegenteil bis jetzt noch nicht erwiesen.

Als wenn das die Sachlage im Prinzip überhaupt ändern könnte! Ob der jeweilige Direktor in seiner früheren Stellung dies oder jenes gewesen, ist doch vollständig gleichgültig, wenn man sich von einem industriellen Unternehmen per Wagen fahren und bewirten läßt. Lebendig drängt uns diese komische Ausflucht der mit ihrer Doppel moral angewinkelten "Met.-Ztg." wiederum dazu, einen anderen Vorgang in Parallele zu stellen und dem sozialdemokratischen Verbandsorgan folgende Gegenfrage zu stellen: War der Direktor der Firma Blohm und Voss in Hamburg auch „ein ehemaliger Arbeiter, der fast ein ganzes Menschenalter hindurch treu zu seiner Gewerkschaft gehalten hat und seine Erfahrungen als Arbeiter in seiner Stellung als Direktor noch immer beherigt?“ — Ober wie will es die "Met.-Ztg." erklären, daß obverse „freie“ Gewerkschaftsführer von diesem Direktor ein (sehr einfaches?) Frühstück annahmen? Dazu noch in der sehr deutscherartigen Situation beim Abschluß einer Lohnbewegung?

Noch gequälter wie die Ausflucht mit dem früheren Arbeiter als jetzigem Direktor ist die andere Entschuldigung der "Met.-Ztg.", daß die Teilnehmer an der Fahrt und an dem Trümmer die Absicht gehabt hätten, alles zu bezahlen. — Bestellt hatten unsere Delegierten beim Besuch bei Friedrich-Alfred-Lütte das „Trum und Drau“ des Empfanges doch auch nicht und hätten es auch gewiß gern bezahlt, wenn dies überhaupt möglich gewesen wäre. Das gewaltsame Drehen und Deuteln mag ja gar nichts, die beiden angezogenen Fälle gleichen sich wie ein Ei dem andern. Und die Tatsache bleibt bestehen: Bei dem ersten Vorgang machte die "Met.-Ztg." in gut gespielter moralischer Entlastung und benutzte die Sache noch zu einer geistigen Verdächtigung und Unterstellung. Hier handelte es sich nämlich um christlich organisierte Arbeiter. — Im zweiten Fall aber ist von Entlastung nichts zu bemerken, in Weggabel; hier verjüdt die "Met.-Ztg." die Sache als ganz natürlich hinzustellen und zu verteidigen. Hier kommen allerdings „Genossen“ in Frage.

Unehrlich, verleumderisch, und doppelmäßig, aber ziemlich sozialdemokratisch!

Mit dem Neuen in die Traufe.

Dieser Tage macht ein Waschzettel die Runde durch die sozialdemokratische Presse, worin mit großer Genugtuung berichtet wird, daß ein christliches Gewerkschaftsblatt die französische Revolution und deren Wirkungen verherrlicht habe. Die betrüffenden Ausführungen des christlichen Arbeiterorgans, die nebenbei bemerkt schon über ein halbes Jahr zurückliegen und sonderbarer Weise jetzt erst von der sozialdemokratischen Presse ausgegriffen wurden, sind zum mindesten unklar und mißverständlich, in der Sache selbst unschlüssig und als eine Entgleisung zu bewerten. Die Sozialdemokratie hat aber wenig Urtache, diese Bagatelle nun in ihrem revolutionären Sinne auszufächeln. Sie, die die Revolution fortlaufend verherrlichen, mag in schwachen Augenblicken der Wahrheit und Christlichkeit selbst eingefeiern, daß bei allen früheren Revolutionen für das arbeitende Volk herzlich wenig, oder besser gesagt gar nichts herausgekommen ist. Ja, in vielen Fällen ist's für die arbeitende Bevölkerung nur noch schlimmer geworden. Nach der kürzlich erfolgten Umwälzung in Portugal mußte die sozialdemokratische Presse mit verhaltenem Grins die Tatsache als „leider“ zutreffend eingestehen, daß die Arbeiter bei dieser Revolution wieder einmal die Garanten und Leidtragenden gewesen sind. Und wie war's bei der französischen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts? Lassen wir darüber die sozialdemokratische Presse, die sonst schon bei der Erwähnung dieser Gegebenheit in Verzüglichkeit gerät, ebenfalls selbst urteilen. Im "Vorwärts" (Unterhaltungsblatt Nr. 228 vom 23. November 1910) wird in einem Lebensbild des Revolutionärs Babeuf die Wirkung der Revolution wie folgt geschildert:

„Das Bürgertum hatte die Freiheit und Gleichheit erlangt, nach der es begehrte hatte: Freiheit von den Burgherrschen für die Industriellen, Gleichheit der Bedingungen für alle Handlungsbeflissen, Aufhebung der Sonderrechte des Adels. Freiheit und Gleichheit war auch den Bauern zuteil geworden, die alter feudalen Knechtung los und ledig geworden waren. Bürger und Bauern waren am Ziel ihres Strebens, und des revolutionären Treibens müde.“

Das Volk aber darbte in entsetzlicher Not. Die Freiheit, die es erobert hatte, war die Freiheit, ausgebeutet zu werden, seine Gleichheit die Gleichheit des Hungers und der Entbehrungen, die Lebensmittelpreise hatten eine schwindelnde Höhe erreicht. Das Reich der Künste und ewigen Gerechtigkeit war als das Reich der Kapitalisten, der betrügerischen Biscanter und der Höxenpusulanen als Republik der Ausbeutung und des Wunders in Erscheinung getreten. War das wirklich die wahre Gleichheit? War das der Lohn für die helbenmüden Erbauer der Bastille, war das das ganze Resultat der mühevollen Kämpfe?“

Ja, das war das Resultat und so sehen die „Erfolge“ der Revolution für die arbeitende Bevölkerung aus. Später sind in Frankreich ja noch öfter Revolutionen gemacht worden und jedesmal sind die Arbeiter die Gelehrten gewesen und bis heutigen Tages geblieben, wie es selbst objektive „Genossen“ eingestehen. Bei all den Revolutionen ist das französische Arbeitervolk nur aus dem Neuen in die Traufe gekommen. Eine geistliche feststehende Tatsache, aus der alle vernünftigen Arbeiter die n. hielten den Konsequenzen ziehen werden.

Gelbe Splitterrichter.

Wenn die christlichen Gewerkschaften gelungen ein einzelner Vorbewegungen mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften gemeinsam vorgehen, so schreien die gelben Drahtzieher und Blätter sich heiser über christlich-sozialdemokratische „Verbrüderung“. Das ist natürlich kapitaler Unsin, aber den Gelben ist jedes Mittel recht. Lehnen die christlichen Gewerkschaften aber ein Zusammensehen mit anderen Richtungen aus gewichigen Gründen ab — wie jetzt bei der Bergarbeiterbewegung im Ruhrrevier — so ist das den gelben Konsulaträten auch ein Beweis für die Abhängigkeit der christlichen von der sozialdemokratischen Führung. Das Kunststück einer solchen willkürlichen Beweisführung, die jede Logik vermissen läßt, bringt der gelbe „Bund“ des Herrn Lebius fertig, ohne sich des Unsinns zu schämen.

Dieses gelbe Blatt kann aber noch mehr. Werden die Arbeiterlöhne in der gewerkschaftlichen Agitation als niedrig und der Verbesserung dringend bedürftig hingestellt, so nennen die zahnlosen Gelben das „Verhebung“. Wendet sich aber ein Arbeitervereins- oder Gewerkschaftsblatt einmal gegen den ländlichen Einwohner, so vieler Indifferenzen, die Beiträge seien zu hoch, und weist in speziellen Fällen nach, daß die Arbeiter die Beiträge sehr gut bezahlen könnten, dann „werden die „Hungerlöhne“ ins Gegenteil verkehrt, wenn es den Leibern nötig erscheint!“

So läßt sich der gelbe „Bund“ des Herrn Lebius (Nr. 50) gegenüber der „Westdeutschen Arbeiter-Ztg.“ vernehmen, die in ihrer Gewerkschaftsnummer den Arbeitern der Großseidenindustrie vorgeholt hat, daß sie wohl in der Lage wären, die Gewerkschaftsbeiträge zu erschwingen.

Mit all' diesem Zug und Trug, so schmäht der „Bund“ in der ihm eigenen Freiheit weiter, hätten die nationalen (lies: breiteten gespen) Arbeiter nichts zu tun. Die armen genossenschaften gelben Werksvertreter werden auf solche unehrliche und gehässige Art und Weise gegen die christlich-nationalen Arbeiterbewegung fortwährend scharr gemacht und fanatiert. In der Freiheit und Unabhängigkeit ist die nämliche Weise der gelben Drahtzieher gegen die christlichen Organisationen tatsächlich nicht mehr zu übertrumpfen.

Zur Bergarbeiterbewegung im Ruhrrevier.

Die Angabe des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter an den Becherverband, in welcher eine Erhöhung der Löhne auf den Stand von 1907 und eine Entwicklung der Arbeit bei der Kontrolle des Zwangsarbeitsnachweises gefordert wurde, ist vom Becherverband am 28. November in abschließendem Sinne beantwortet worden. In Form und Ton sticht diese Antwort des Becherverbandes vorteilhaft gegen alle früheren ab, in der Sache selbst ist sie jedoch als durchaus unbefriedigend zu bezeichnen. Die Angabe des Gewerksvereins über die Lohnhöhe sucht der Becherverband zu widerlegen und ebenso bestreitet er, daß Mäßstände im Zwangsarbeitsnachweis vorhanden seien; Beschwerden seien nur ganz vereinzelt eingegangen.

Gegen diese gefärbte Darstellung der Verhältnisse wendet sich der christliche Gewerksverein in einer Botschrift an die Tagespresse und zeigt, daß der Becherverband das arbeitsstabile Vertrags auf Grund der Lohnsätze des Allgemeinen Knapperverbands mit dem Schichtlohn gleichgestellt. Dies ist aber unzulässig und für die Öffentlichkeit irreftuhren, weil das Verdienst der Lebendigen aus den Listen des Knapperverbands nicht ersichtlich sei, sondern daß der Gesamtmonatsverdienst dividiert durch die ordentlichen Arbeitsstage als durchschnittliches arbeitsstabile Vertrags verdient er scheine. Erneut wird dann seitens des Gewerksvereins über die Lohnhöhe sucht der Becherverband zu widerlegen und ebenso bestreitet er, daß Mäßstände im Zwangsarbeitsnachweis vorhanden seien; Beschwerden seien nur ganz vereinzelt eingegangen.

Diese sachlichen, mit einwandfreiem und überzeugendem Tatsachenmaterial belegten Ausführungen des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter werden sicher in der Öffentlichkeit ihre Wirkung nicht verfehlten — und die Sympathie der öffentlichen Meinung ist für die Bewegung der Bergleute sicherlich mehr wert, wie noch so viele Putzhasen im Interesse gewisser sozialdemokratischer Drahtzieher, denen es in der Hauptsache nutzt um politische Geschäfte zu tun ist.

Der Streik auf Beche Lucas bei Dortmund, den wir in unserer vorigen Nummer bereits erwähnten, ist im Santa verlaufen. Die Beche erklärte sich nur dann zu „Rechabdingen“ mit der Belegfreiheit bereit, wenn diese zuvor die Arbeit wieder aufgenommen hätte. Vollständig berechtigt war, daß der Gewerksverein christlicher Bergleute sofort entschieden gegen diesen „Putzhas“ der Belegschaft von Beche Lucas auftat; denn nur einzige und allein gewerkschaftliche Tischtlin verbürgt der Arbeiterschaft den Erfolg im sozialen Ringen der heutigen Zeit. Das mögen auch die Kirch-Tunderischen Bergarbeiter und der polnische Verband leachten, ehe sie sich für die Folge wieder zu Schleppenträgern der Feinde im roten Verband hergeben. Hoffentlich werden sie sich den blamablen Ausgang des wilden Streiks auf Beche Lucas zur Lehre dienen lassen.

Streiks und Lohnbewegungen.

Zur Abschaffung der Arbeiter in der Edelmetallindustrie in Pforzheim.

Die Bewegung in Pforzheim scheint sich zu einem hartnäckigen Kampfe auszuwachsen. Die Arbeiter lebten seither in dem Wahn, daß der Kampf, wenn er überhaupt zum Ausbruch komme, in kurzer Zeit beigelegt sei, weil Streiks in der Edelmetallindustrie in Pforzheim bis jetzt überhaupt nicht zu verzeichnen waren. Dieser Optimismus ist durch die Tatsachen widerlegt worden. Die Arbeitgeber lehnen bis jetzt jede Verhandlung ab und verlangen, daß zuerst die vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband aufgestellten Forderungen zurückgedrängt werden.

Der Landeskommisar hatte am Freitag den 9. Dezember auf Veranlassung des Ministers des Innern zu einer Vorbesprechung bezügs. Information über die Lohnstreitigkeiten eingeladen. Die Arbeitgeber hatten die Verteilung abgelehnt mit der schriftlichen Begründung, daß der Vorstand der badischen Fabrikspolition, Herr Oberregierungsrat Dr. Bittmann, schon über die Verhältnisse eingehend informiert sei und außerdem der Oberbürgermeister von Pforzheim diese Informationen in einem Immediatoortrag vor dem Minister ergänzt habe, sobald die Regierung häufiglich informiert sein dürfte.

Auch den beiden beteiligten Arbeiterorganisationen, unserm und dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband, war auf Veranlassung des Ministeriums des Innern eine Einladung zwecks Besprechung zugegangen; diese Besprechung fand am Freitag nachmittag statt. Da der Vertreter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes seither den Mund so voll genommen und erklärt hatte, in Gegenwart der Christlichen nicht verhandeln zu wollen, hatte man seitens der Regierung — jedenfalls um unangenehmen Auseinandersetzungen aus dem Wege zu gehen — die beiden Organisationsvertreter nicht zu gemeinsamen, sondern zu gesonderten Besprechungen eingeladen.

Dass durch das Vorgehen der sozialdemokratischen Verbandsführer dem Arbeiterinteresse nicht gedient wird, sollten auch die sozialdemokratischen Arbeiter einsehen. Der Machtblinkel dieser roten Arbeiterschicht wird durch nichts besser gekennzeichnet, als durch ein solches Verhalten. Sie beweisen damit, daß es ihnen um das eigentliche Arbeiterinteresse nicht zu tun ist. Es ist geradezu infam, daß ein solches Vorgehen besteht wird. Unsere Kollegen hatten keine Forderungen gestellt, trotzdem haben sie zuletzt aus Solidarität die Kündigung mit eingereicht, um von vornherein Einheitlichkeit des Vorgehens zu ermöglichen. Die Methode der sozialdemokratischen Führer wird dazu beitragen, daß in Zukunft unsere Kollegen liberaler ihren eigenen Weg gehen müssen; dieses ist das einzige Mittel um den sozialdemokratischen Übermut zu brechen. Darin darf sie auch das ganze sozialdemokratische Geiste über Arbeitersplitterung und Arbeiterversetzung nicht erreichen. Wo die eigentlichen Arbeitersplitterer und Berräter der Arbeiterschicht stehen, zeigt wieder die Bewegung in Pforzheim, wo die Parteiinteressen über die beruflichen Arbeiterinteressen gestellt werden. Herr Böhlöher aber, der sich so hochtrabend über die christlichen Arbeiter hinwegsetzen zu können glaubt, ist jetzt selbst als der betrübte Lohngreber da und hofft, daß die Arbeitgeber zu Verhandlungen erscheinen; aber diese haben Herrn Böhlöher mit seinem Stab ebenso sitzen lassen, wie die Genossen die kleinere christliche Organisation ignoriert haben.

So rächt sich eben alles. Hoffentlich dämpft diese Vorsicht auch einmal der hiesigen Bezirksleitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes auf. Zum Schaden der Arbeiter dürfte dieses nicht sein.

Am Samstag den 9. Dezember fand eine allgemeine Versammlung unserer im Kampf stehenden Mitglieder statt, welche auch fast vollständig erfüllten waren. Erfreulicherweise erkennen jetzt auch die christlichen Arbeiter die Notwendigkeit der Organisation an; unsere Mitgliederzahl ist von 230 auf über 500 gestiegen. Es ist zu hoffen, daß bis zur Beendigung des Kampfes die Zahl 1000 erreicht ist. Dieses ist möglich, wenn unsere Kollegen und Kolleginnen einigermaßen ruhig in der Agitation mithelfen. Jetzt heißt es, alle Mann an Bord; unsere Mitgliederzahlen müssen auch in Pforzheim auf eine solche Höhe gebracht werden, daß die Gegner damit rechnen müssen. Eine Zahl von 1000 Arbeitern kann nicht ausgeschaltet und ignoriert werden. Sie haben die Kraft, sich eventuell Geltung zu verschaffen. Dieses mag sich auch die Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes gesetzt haben.

Kollege Bieber, unser Verbandsvorsitzender, welcher in der Versammlung referierte, schilderte die gegenwärtige Situation. Jedenfalls sei die Lage nicht rosig, umso weniger, als die Bewegung vom sozialdemokratischen Verbande eingeleitet wurde, nachdem schon die Hochaison vorüber und die Arbeiten für den Weihnachtsmarkt geliefert seien. Wie die Dinge heute liegen, werden sich die Arbeiter auf einen längeren Kampf gefaßt machen müssen; es sei denn, daß der sozialdemokratische Verband klein beigebe. Niemand verurteilte ferner das einseitige Vorgehen des Deutschen Metallarbeiterverbandes, wodurch ein gemeinsames Arbeiten unmöglich und die Arbeiterinteressen gefährdet würden. Nachdem Redner noch allgemeine Richtlinien und Verhaltensmaßregeln den Mitgliedern anempfohlen, appellierte er an alle Kollegen und Kolleginnen, sich ihre ganze Faktion in den Dienst des christlichen Metallarbeiterverbandes zu stellen. Es handle sich um ihr eigenes persönliches Interesse, um Anerkennung der Gleichberechtigung auch dem sozialdemokratischen Gegner gegenüber. Mit Mut und Energie sollten die Mitglieder ihren Verband vertreten, Furcht und Feigheit müsse aus den Reihen verschwinden, dann würden sie nicht mehr vor jedem sozialdemokratischen Schreier und Phantast das Feld zu räumen brauchen. Der Vertrauensmänner-Koparat müsse weiter ausgebaut und geschult werden, auch unter den meistlichen Mitgliedern, welche jetzt ja dem Verbande in so statlicher Zahl beigetreten seien. Die Führungen wurden mit großer Begeisterung aufgenommen.

Hoffentlich ziehen die Kollegen und Kolleginnen die richtige Lehre daraus. Jetzt heißt es mit allem Eifer an die agitatorische Arbeit. Auch unsere christlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in Pforzheim sind nur das, was sie aus sich zu machen verstehen.

Dingelstädt (Eichsfeld). Da nunmehr unsere Lohnbewegung erfolgreich zu Ende geführt worden ist, wollen wir kurz die Vorgänge in unserem Verbandsorgan etwas näher beleuchten. Ende Dezember 1908 und Anfang Januar 1909 gingen die damaligen Inhaber der Fellen- und Maschinenfabriken, die Herren Ufer, dazu über, den Arbeitern einen Abzug auf die Akkordsätze zu machen. Da die Belegschaft geglaubt hatte, ohne Organisation auskommen zu können, so konnte sie diesem Vorhaben der Werksinhaber keinen Widerstand entgegensetzen. Wohl hatte ein größerer Teil der Belegschaft früher schon einmal eine kurze Zeit unserem Verbande angehört; aber der übergroße Teil der Betreffenden zog sich damals nach einigen kleinen Erfolgen wieder zurück. Einige wenige Kollegen aber halten seither treu zum christlichen Metallarbeiterverband gehalten und durch eifrigste Aufklärungsarbeit ihre Mitarbeiterschaft wieder für den Organisationsgedanken gewonnen.

Diese Arbeit ist dann auch von Erfolg gewesen, wodurch erst die Voraussetzungen für eine erfolgreiche praktische Gewerkschaftsarbeit geschaffen wurden.

Die Kollegen, die sich dem sozialdemokratischen Verbande angeschlossen hatten, konnten bis auf 2-3 wieder zurückgewonnen werden, sobald die Belegschaft einig und geschlossen in unserer Organisation stand und man nun an die praktische Arbeit gehen konnte. Diese Arbeit musste zunächst darin bestehen, daß wieder zu bekommen, was der Arbeiterschaft in der Zeit des Niederganges infolge der schwachen Organisationsterhältnisse hatte genommen werden können. Im August dieses Jahres traten die Arbeiterausschussmitglieder namens der Arbeiterschaft der Werksleitung ihre Forderungen ein, die zunächst darin bestanden, den Ende 1908 gemachten Abzug aufzuheben, außerdem aber auch für eine Reihe Kollegen, die im Lohn arbeiten, eine entsprechende Lohnauflösung zu gewähren. Unser Verbandsvorsitzender Kollege Bieber hat dann gelegentlich seiner Anwesenheit in Dingelstädt mit der Betriebsleitung verhandelt und waren ihm auch bestimmte Zusagen gemacht worden, die, wenn sie gehalten worden wären, uns auch befriedigt hätten. Aber daß die Betriebsleitung dazu überging, den Kollegen, die am besten stehn, Lohnzulagen zu geben und den Kollegen und Kolleginnen, die mit geradezu jämmerlichen Stundenlöhnern bestehen, nichts zuzulegen, hat die Arbeiterschaft ganz besonders erregt, da man glaubte, die Betriebsleitung habe mit diesem Vorgehen Uneinigkeit in die bis dahin geschlossenen bestehende Belegschaft hineinbringen wollen. Der Arbeiterausschuss wandte sich daher an die Direktion, von wo aus dann auch Abhilfe zugesagt wurde, aber es wurde wieder der Betriebsleiter mit der Regelung der Angelegenheit betraut, wodurch wenig Aussicht bestand, zu einer befriedigenden Lösung der Angelegenheit zu kommen.

Am 29. Oktober teilte dann Kollege Buchner dem Herrn Direktor mit, daß die Sache einseitig und ungenügend erlebt worden sei; er brachte gleichzeitig den Wunsch der Arbeiterschaft zum Ausdruck, daß die Direktion die Lohnstage regeln möge, da man sich davon am ersten Erfolg verspreche. Der Herr Direktor, der sich auf Reisen befand, teilte unserm Bezirksleiter mit, daß er nach seiner Rückkehr die Sache prüfen und regeln werde. Darauf erklärten sich die Kollegen bereit, bis zum 15. November zu warten, um nicht den Anschein zu erwecken, als wolle die Arbeiterschaft der neuen Firma bei der Umgestaltung des Betriebes absichtlich Schwierigkeiten machen, denn das alte Unternehmen war inzwischen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und der frühere Besitzer war Betriebsleiter geworden. In der diesbezüglichen Resolution wurde der Direktion davon Mitteilung gemacht.

Bis zum 12. November war aber seitens der Direktion noch nichts geschehen; daher wandte sich unser Bezirksleiter erneut an den Direktor, aber auch dann erfolgte keine Antwort, da der Herr Direktor sich immer noch auf Reisen befand. Am 17. November wurde dann der Direktion mitgeteilt, daß anscheinend seitens der Werksleitung kein Wert auf eine friedliche Regelung der Differenzpunkte gelegt werde, gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, daß der Arbeiterschaft und auch der Betriebsleitung keine Schuld an etwaigen unschönen Ereignissen gegeben werden könne, die Verantwortung falle auf die Betriebsleitung, die durch fortwährendes Hinausschieben der Regelung der Differenzpunkte die Angelegenheit auf die Spitze treiben zu wollen scheine. Nach mehrmaligem Vorstelligwerden endlich beschloß die Arbeiterschaft, am Dienstag den 22. November die Kündigung einzureichen, was dann auch geschah.

Am Donnerstag, den 24. November, fanden in Dingelstädt die ersten Verhandlungen der Direktion mit dem Bezirksleiter unseres Verbandes statt. Die Direktion erklärte sich zu weiteren Verhandlungen bereit, wenn die Kündigung zurückgenommen würde. Kollege Buchner jagte dies zu unter der Bedingung, daß aber dann für die Dauer der Verhandlungen die Kündigungsfrist ausgeschlossen werde. Die am selben Abend einberufene Betriebsversammlung erklärte sich damit einverstanden.

Die Verhandlungen fanden dann am Freitag den 25. November in Lüderstadt, dem Sitz der Firma, ihre Fortsetzung. Für die Firma waren anwesend Herr Direktor Bieder und Betriebsingenieur Lagermann, als Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes Kollege Buchner und für die Belegschaft die Mitglieder des Arbeiterausschusses, die Kollegen Frankenberger, Echardt und Kühn.

Die Verhandlungen dauerten annähernd 6 Stunden und hatten das erfreuliche Ergebnis, daß auf der ganzen Linie eine Einigung erzielt wurde. Wenn auch nicht alle Forderungen und Wünsche in vollem Umfang durchgeglichen werden konnten, so hat doch mit wenigen Ausnahmen die gesamte Belegschaft Zulagen erhalten, die zwischen 0,60 M. bis zu 3 Mark wöchentlich betragen. Die Zulagen sind ab 28. November in Kraft getreten. Als besonders wichtig ist es anzusehen, daß vor allen Dingen seitens der Direktion wahrgenommen wird, dafür Sorge zu tragen, daß in Zukunft nicht mehr kleine Partien verarbeitet werden sollen, wodurch auch besonders die Altordarbeiter bisher ziemlich ungünstig bestanden. Auch sonst sind Verbesserungen vorgenommen, die günstig auf die Lohnverhältnisse der Kollegen wirken werden. Alles Verhandelte ist protokolliert worden, um von vornherein Missdeutungen auszuschließen. Die am Sonnabend, den 26. November stattgefundenen Betriebsversammlung erklärte sich

dann auch einstimmig mit dem Resultat einverstanden, und wurde die Lohnbewegung für beendet erklärt.

Auf eine auffallende Erscheinung soll noch hingewiesen werden, die zu allerhand Vermutungen Anlaß gab. Als seitens des Herrn Direktors bereits Verhandlungen zugesagt waren und Kollege Buchner in der Hinsicht sich bemühte, erklärte der im Werk tätige Sohn des Betriebsleiters, die Arbeiter sollten doch streiken, falls sie nicht von selbst streiken würden, sollten sie ausgepeppt werden! Daß solche Neuerungen nicht dazu angestan sind, gerade beständig zu wirken, liegt auf der Hand, die Arbeiter fragen sich heute, was für ein besonderes Interesse wohl der junge Herr gehabt haben mag, die Kollegen scharf zu machen und zu unbefonnenden Schritten zu verleiten. Ein anderer Sohn des Betriebsleiters erklärte, die Kollegen sollten nur streiken, er streite selbst mit! Etwasgleicherweise aber hatten die streiklustigen jungen Herren sich schon längst um jeden Rest von Autorität gebracht, sodass ihre törichten Reden keinerlei Gefahr anrichten konnten, unsere Kollegen waren da denn doch vernünftiger.

Als Kuriosum soll aber auch erwähnt werden, daß die Unorganisierten beinahe zu „Streikenden“ geworden waren. Diese Leute hatten nichts von den eingesetzten Verhandlungen erfahren und glaubten nun, am Freitag morgen allebei der Betrieb stehen, daher kamen sie nicht zur Arbeit, während unsere Kollegen alle pünktlich auf ihren Posten waren und nun die „Streikbrüder“ schleunigst aus den Federn geholt werden mussten.

Unsere Kollegen in Dingelstädt aber werden angesichts des Errungenen nunmehr eingesehen haben, daß nur durch eine starke Organisation auf die Dauer etwas erzielt werden kann. Daraum darf es auch fernherhin kein Ruhm und kein Ruhm geben, alle Kräfte müssen angespornt werden, um auch auf dem Eichsfeld unserer Bewegung neue Kämpfer zu gewinnen. Vor allen Dingen müssen die Freunde ihr Augenmerk auf Heiligenstadt richten, um auch dort Eingang zu finden, es kann da noch mancher Metallarbeiter für unseren Verband gewonnen werden. Auch in Bezug auf Osterwilligkeit werden die Dingelstädtler Kollegen nicht zurückbleiben, denn gerade in der leichten kritischen Zeit haben doch alle eingesehen, wie wichtig eine starke Lokalfasse ist, auch hier werden die Kollegen das Nötige verlassen müssen. Weiter muss nunmehr aber auch das Wissen unserer Mitglieder vertieft werden, über die wichtigsten gewerkschaftlichen und volkswirtschaftlichen Fragen werden im Laufe des Winters Vorträge gehalten werden, damit wir als Gewerkschafter nach jeder Richtung unseren Mann stellen können.

* * *

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Nieden i. W. Bei der Firma Theodor Klusendorf (Hofescamp), bestehen Differenzen.

Eifel-Ruhr. Die Klempnergeisen von Essen stehen im Streik zwecks Abschluß eines Tarifvertrages. Neheim. Über die Firma Hübener & Gerling ist meinetwegen Herausgabe der Akkordsätze die Sperrung verhängt. Zugang vor Metalldrückern, Schleifern und Klempnern ist fernzuhalten.

Riemelscheid. Die Maschinenhauer und Hülsarbeiter der Riemelsheimer Fellenindustrie stehen in einer Lohnbewegung.

Sündern bei Arnsberg i. W. Bei der Firma Winterhoff sind wegen Lohnabzügen Differenzen ausgetragen. Zugang von Metalldrückern, Schleifern und Klempnern ist fern zu halten.

Iserlohn. Bei der Firma Nassloer u. Crone, Iserlohn, sieben die Kettenradmiede im Streik.

Pforzheim. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Pforzheimer Schmuckkettenfustrie stehen in einer Lohnbewegung.

Bielefeld-Herford. Bei der Firma Niebaum u. Gutenberg sind die Schlosser, Dreher, Schmiede und Hülsarbeiter ausgesperrt.

Zugang ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 18. Dezember 1910 der einundfünfzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 18. bis 25. Dez. 1910 fällig.

The Ortsgruppe Elberfeld erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Extrabeitrages von 15 Pf. statt bisher 10 Pf. pro Woche. Die Nichtbezahlung dieses Beitrages hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder. Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu informieren. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldepflicht dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zahlstelle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Centralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Aus dem Verbandsgebiet.

Hildesheim. Unsere Ortsgruppe hielt am 27. Nov. in Hasede eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Kollege Pöllert über das Thema „Berechtigung und Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften“ sprach. Redner zeigte zunächst die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen für den Arbeiterstand in der heutigen Zeit und warf dann die Frage auf, welcher von den heute in Deutschland bestehenden Gewerkschaftsrichtungen taugt und muß der christliche Arbeiter sich anschließen? Die sogenannten „freien“ Gewerkschaften seien in Wirklichkeit sozialdemokratische Gewerkschaften, was auch von den Führern offen zugegeben worden sei. Die christlich und national gesinnte Arbeiterschaft aber könne die Ziele der religiös-katholischen und umstürzlerischen Sozialdemokratie nicht fördern und unterstützen helfen. Die christliche Arbeiterschaft müsse nicht niedergehen, sondern aufbauen; nicht durch die maßlose unfruchtbare Kritik der Sozialdemokratie könne der Arbeiterstand die ihm zukommende Stellung erringen, sondern nur durch zähe ausdauernde gewerkschaftliche Arbeit. Bei dieser positiven Arbeit steht uns unsere christliche Überzeugung nicht im Wege, im Gegenteil, sie schaffe in unseren Reihen die charakterseitige, ideal gesinnten Kämpfer, die unseren berechtigten Bestrebungen den Erfolg sichern. Auch die Hirsch-Dünkerschen Gewerkschaften könnten für die christliche Arbeiterschaft nicht in Frage kommen, hier zeige ich die vollenende Grundsätzlichkeit. Wohl führen sie ständig die Neutralität im Mund, was sie aber nicht hindere, immer wieder die Geschäfte einer politischen und geistigen Parteirichtung zu besorgen. Redner zeigte dies treffend an Beispielen aus den Krebsorganen dieser Richtung.

Für den christlichen Arbeiter, welcher seine wirtschaftlichen Interessen mit aller Entschiedenheit vertreten wolle, kamen demnach nur die christlichen Gewerkschaften in Betracht. Auf dem Boden der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung stehend, arbeiteten die christlichen Gewerkschaften unentwegt und zielfest an der Verwirklichung ihres Programms, an der wirtschaftlich-kulturellen Hebung des Arbeiterstandes und an der Erkämpfung der Anerkennung dieses Standes als eines mit den anderen gleichberechtigten. An diese heidnlig aufgenommenen Ausschüsse schloß sich eine erfreulich rege Ausprache seitens unserer Kollegen an; von den anwesenden Genossen meldete sich keiner zum Wort.

In einem hegeisternden Schlußwort forderte dann Kollege Pöllert die auf christlichem Boden stehenden Versammlungsteilnehmer auf, als konsequente Männer nun auch in die christlichen Gewerkschaften einzutreten, und dann auch weiterhin für deren Ausbreitung und Stärkung, zum besten unseres Standes tütsig zu sein. Eine stattliche Anzahl von Kollegen trat daraufhin sofort dem christlichen Metallarbeiterverband bei — hoffentlich werden die übrigen diesem Beispiel bald folgen.

An euch aber, Kollegen von Hasede und Umgebung, liegt es jetzt, das in der Versammlung begonnene Werk zur Vollendung zu bringen, durch eifige Aktivarbeit; dann werden wir auch in Bälde unseren Einzug in die sozialdemokratische Hochburg Sorstebt halten können. Drum auf, durch Arbeit zum Erfolg, zum Sieg!

Leipzig. Hier fand am 27. November eine Konferenz des christlichen Metallarbeiterverbandes für die sächsischen Gruppen statt. Die Städte Leipzig, Halle a. S., Deissen, Glensberg, Meißen, Dresden, Chemnitz und Glauchau waren durch 11 Delegierte vertreten. Fast vollzählig hatten sich die Kollegen der Ortsgruppe Leipzig eingefunden. Ferner war das Leipziger Ortskärtel sowie die Ortsgruppen anderer christlichen Verbände, soweit solche in Leipzig vorhanden sind, durch Deputationen vertreten. Kollege Hämisch begrüßte bei der Gründung die Delegierten und besonders den Verbandsvorstand Kollegen Wieber.

Nach Erledigung formaler Angelegenheiten erstattete Kollege Minter den Tätigkeitsbericht, der sich über das Jahr 1908 bis 30. Juni 1910 erstreckt. Einleitend bemerkte er, daß seit 1908 keine Bezirkskonferenz der da mit verbündeten erheblichen Kosten wegen abgehalten worden sei. Schluss 1908 habe die Mitgliederziffer mit 538 den höchsten Stand erreicht. Seit dieser Zeit sei ein erheuliches Anwachsen auf allen Gebieten zu konstatieren. Am Ende des Jahres 1909 seien 642 und am 30. 6. 1910 717 Mitglieder vorhanden gewesen. Auch die Einnahme aus Beitragssammlungen habe sich in gleicher Weise gehoben. Selbige sei von 15 780,00 Mk. in 1908 auf 16 870,00 Mk. in 1909 und auf rund 10 000 Mk. im ersten Halbjahr 1910 gestiegen. Mit dem von der Zentrale geleisteten Zuschuß von 4338 Mark belasse sich die in der Berichtszeit erfolgte Gesamteinnahme auf 46 650,00 Mark. Davon wurden 27 199,00 Mark für Unterstützungen und Anteile der Lokalkassen verbraucht. 19 789,00 Mark wurden an die Zentrale gesandt. Stelle man die zur Agitation verwandten 2 250,00 Mark Agitationskosten neben die von der Zentrale gesandten 4 338,00 Mark Zuschuß im Rechnungsjahr so bleibe ein Überschuß von 3 151,00 Mark.

Die durchschnittliche Beitragsleistung bewege sich in aufsteigender Linie, wie aus einer aufgemachten Tabelle, welche den Delegierten eingehändigt wurde, hervorging. Mit Ausnahme von Königsberg, Elbing, Bromberg, Görlitz und Glauchau sind in allen Gruppen Extrabeiträge von wöchentlich 10 Pf., in Danzig und Halle von 5 Pf. wöchentlich eingetragen. Die Gruppen Rue und Allenstein gingen in der Berichtsperiode ein; Glauchau und Halle a. S. wurden neu gegründet.

Was die Agitation beträfe, so ständen die Gruppen Bautzen, Görlitz, Neisse, Elbing, Königsberg, und Graudenz hinsichtlich der Mitgliederbewegung still. In den anderen Gruppen gehe es erfreulich vorwärts. Im allgemeinen sei ein Mangel an agitorisch fähigen Kollegen vorhanden. Unsere Bewegung sei im Agitationsspiel durchweg zu jung, um aus sich heraus die nötigen Kräfte schon stellen zu können. Dann habe die Agitation besonders im mitteldeutschen Gebiet dadurch gelitten, daß sie früher fast ausschließlich durch reisende Kollegen getragen wurde. Nach dieser Richtung sei eine erfreuliche Besserung insofern eingetreten, als jetzt anjährige Kollegen in diesen Städten das Lebgericht hatten.

Außer Elbing, Stettin und Berlin fehle uns jeder Rückhalt in den evangelischen Arbeitervereinen. Im katholischen Lager stehe man außer Danzig, Halle a. S., Meißen und Graudenz allerleiweise insofern auf Gemüthsseite, als die Erlitze Radikalteilungen propagiert wurden.

Bezüglich der Tagesprobleme sei uns das „Westpreußische Volksblatt“ in Danzig, die „Märkische Volkszeitung“ und das „Reich“ in Berlin freundlich gesinnt. Letztere Zeitung soll leider eingehen. Von den etwa 300 000 Metallarbeitern, die im Bezirk in Frage kämen, seien gegen 200 000 im soz. Metallarbeiterverband organisiert. Diese sozialdemokratisch organisierte Arbeiterschaft würde mit mehr wie 100 Beamten bearbeitet. Dazu ständen etwa 20 sozialdemokratische Parteiblätter uns entgegen. Unter diesen Umständen sei ein Fortschritt unserer Sache außerordentlich schwer. Um vorwärts zu kommen, habe man sich an die konfessionellen Vereine, soweit sie uns freundlich gesinnt waren, um Adressenauszüge gewandt, und dann Hausagitation betrieben. Durch Flugblätter, die an den Fabriken in den einzelnen Städten verteilt wurden, sei Propaganda gemacht worden. Wo es möglich war, wurden auch Werstattversammlungen abgehalten.

15 Bewegungen, an welchen 126 Mitglieder beteiligt waren, wurden insgesamt verzeichnet. Die Streikosten betrugen 3 955,55 Mark. An drei Tarifverträgen ist unser Verband beteiligt.

Zu bemerken sei noch, daß es mit den Kollegen aus dem sozialdemokratischen Lager wiederholt zu scharfen Kämpfen gekommen sei. In Danzig ist unser Verband, nachdem er den dortigen Klempnerstreik so erfolgreich abschloß, erst recht populär geworden. Von dieser Zeit stieg unsere dortige Mitgliederzahl von 67 auf circa 200. Diesen Aufstieg vermochten die Sozialisten auch dadurch nicht zu hindern, daß sie in demagogischer Weise den damaligen Prozeßgang, womit wir absolut nichts zu tun hatten, auszubeulen versuchten. Charakteristisch ist, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband systematisch dahin arbeitet, daß unsere agitatorisch befähigten Kollegen aus jeder Versammlung entfernt werden. In Berlin, Oberschöneweide und Pankow kam es vor, daß an ein und demselben Tage drei unserer Kollegen teils gewaltsam, aus verschiedenen Versammlungen entfernt wurden. Dabei stand ihr einziges „Verbrechen“ darin, daß sie als anständige Menschen in den Versammlungen anwesend und Christlich organisiert waren.

Trotz dieser Hindernisse geht es vorwärts. Der nächste Bericht dürfte noch günstiger ausfallen. Zum Schlus dachte der Bezirksleiter allen Kollegen, die in der Agitation mitgearbeitet haben und forderte sie zu unermüdlicher Weiterarbeit auf.

Im Anschluß daran hielt Kollege Hämisch ein Referat über das Thema: „Wie betreiben wir in Zukunft erfolgreich Agitation“. An der darauffolgenden Diskussion beteiligten sich Gehrmann-Glauchau, Cöthen-Halle, Genthz-Glensberg, Hirsch-Meissen, Winter-Chemnitz, Schwedt, Dresden und Böhme-Dessau.

Der Verbandsvorsteher Wieber ergriff dann das Wort um höchst lehrreiche, agitatorische Worte zu erteilen und ein Bild über die Situation in der Metallindustrie zu entrollen. Der Beifall, der den Ausführungen folgte, zeigte, daß Kollege Wieber mit seinen Worten bei den Anwesenden gejubelt hatte. Dem Drängen der Kollegen, den weiten Bezirk zu teilen, um dadurch, ohne erheblich größere Kosten, die Agitation systematischer und erfolgreicher zu gestalten, sollte, so erklärte der Verbandsvorsteher, entsprochen werden. Die Kollegen müßten sich jedoch bereit erklären, in ihren Ortsgruppen einen Extrabeitrag von 5 Pf. wöchentlich, für die Anstellung von Beamten abzuziehen.

Nach kurzer Diskussion fassten die Kollegen einstimmig einen diesbezüglichen Beschluß. Nach einem ansehnlichen Schlußwort des Kollegen Hämisch stand die anstehende Tagung ihr Ende.

Ginden. Am 27. November versammelten sich in der alten See- und Handelsstadt Ginden 30 Delegierte der christlichen Gewerkschaften Ostfrieslands, um in ernster Beratung Richtlinien für die künftige Gewerkschaftsarbeit zu formulieren. Als Vertreter der einzelnen Verbände waren fünf Beamte anwesend. Die Evangelischen Arbeitervereine Ostfrieslands hatten zahlreiche Vertreter entsandt, wie auch der Katholische Arbeiterverein Ginden durch mehrere Delegierte vertreten war; ein erfreuliches Zeichen treuer Bassenbrüderlichkeit, wie sie in Ostfriesland zwischen den konfessionellen Arbeitervereinen und den christlichen Gewerkschaften besteht.

Um 1 Uhr nachmittags eröffnete der Vertreter des Gesamtverbandes Kollege Hartmann mit begrüßenden Worten die Konferenz. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung, Buteauwahl usw. sprach zunächst Kollege Böhmec-Danobter über die volkswirtschaftliche Bedeutung der christlichen Gewerkschaften. Redner entwarf zunächst ein anschauliches Bild über die Entwicklung unserer heimischen Volkswirtschaft und betonte sodann, daß dem Bohmecarbeiterstand von heute eine höhere Anteilnahme an den kulturellen Errungenschaften zuerkannt werden müsse. Für eine weitere gebedeichte Entwicklung des gesamten Wirtschaftslebens sei ein wirtschaftlich und geistig hochstehender Arbeiterstand Voraussetzung. Um dies zu erreichen müsse seitens der Arbeiterschaft praktische, wirtschaftliche Gegenwartswirtschaft geleistet werden, hier haben die christlichen Gewerkschaften, welche in ausdrücklichem Gegensatz zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften gestanden werden müssen, bahnbrechend gewirkt. Von den klassenkämpferischen sozialdemokratischen Gewerkschaften, deren Endziel die Zersetzung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung sei, könne man praktische Gegenwartswirtschaft nicht erwarten. Die christlichen Gewerkschaften erstreben nicht die Herrschaft über die Produktionsmittel, sondern nur das Mitbestimmungsrecht beim Abschluß des Lohn- und Arbeitsvertrages.

Der Einfluß der christlichen Gewerkschaften im Wirtschaftsleben ist, wie die letzten großen Kämpfe im Bauwesen und auf den Seeschiffswerften bewiesen haben, unverkennbar. Bei energischer Interessenvertretung ihrer Mitglieder mafren sie die Konkurrenzfähigkeit der deutsichen Industrie. Die wirtschaftliche und kulturelle Hebung des Arbeiterstandes erstreben die christlichen Gewerkschaften im Gegensatz zur materialistischen Geschichtsauffassung auf dem Boden der christlichen Weltanschauung.

Hierauf sprach Herr von de Laan-Ginden über die Stellung der evangelischen Arbeitervereine zu den christlichen Gewerkschaften. Er führte u. a. aus: Die Gewerkschaften sind eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit; die evangelischen Arbeitervereine können nicht achseln an dieser Bewegung vorübergehen, vielmehr müssen dieselben ihre Mitglieder zum Eintritt in die Gewerkschaften veran-

lassen. Redner erwirkt entschieden die sozialdemokratischen und Hirsch-Dünkerschen Gewerkschaften. Letztere hätten zwar gut gesellt wissen, belämpften das Christentum aber ebenso jauchig wie die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Der Mensch lebe nicht vom Brode allein und die Gewerkschaften nicht von gefüllten Taschen. War bestehende eine vom Geantverband der Evangelischen Arbeitervereine in Eisenach gefaßte Resolution, wonach den Mitgliedern die aus nationalem Boden stehenden Gewerkschaften empfohlen werden. Demgegenüber habe der Hannoversche Provinzialverband Evangelischer Arbeitervereine — zu dem die ostfriesischen Vereine gehören — auf dem 1907 in Hildesheim stattgefundenen Delegiertentag eine Resolution geschlossen, in erster Linie die christlichen Gewerkschaften zu empfehlen. Es sei an der Zeit, daß die Evangelischen Arbeitervereine entschieden Stellung für die christlichen Gewerkschaften nehmen. Er (Redner) fordere die Mitglieder der Evangelischen Arbeitervereine auf, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen. Nur durch eine starke christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung könne der Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften gebrochen werden.

Kaplan Hesse, Präses des Katholischen Arbeitervereins Emden, betonte, er könne die Ausführungen des Herrn von de Laan voll und ganz unterstützen, auch der von ihm vertretene Verein trete entschieden für die christlichen Gewerkschaften ein. Kollege Hartmann erstattete nunmehr den Bericht über den Stand der christlichen Gewerkschaften in Ostfriesland, aus dem zu entnehmen war, daß 16 Ortsgruppen mit nahezu 1000 Mitgliedern bestehen.

Vertreten sind die Verbände der Holzarbeiter, Metallarbeiter, Bauarbeiter, Hülf- und Transportarbeiter, Schneider, Telegraphenarbeiter und Eisenbahner. Die Aussichten für eine weitere Entwicklung der Bewegung seien gute und können man der Zukunft getrost entgegen sehen. Da die Reserve schloß sich eine rege Diskussion an, an der sich auch die Kollegen Lüns-Hannover und Werlich-Hamm, sowie die Vertreter der konfessionellen Vereine lebhaft beteiligten. Dem allseitig geäußerten Wunsche, in den konfessionellen Arbeitervereinen Ostfrieslands Vorträge über die christlichen Gewerkschaften zu halten, soll demnächst entsprochen werden. Sobald hielt Kollege Müller-Münster, ein instruktives Referat über praktische Arbeit in den Ortsgruppen, in welchem den Delegierten wertvolle Anregungen bezüglich Agitation, Pflege der Statistik, Bildungswesen usw. gegeben wurden.

Sämtlichen Rednern wurde lebhafter Beifall gezollt. Unter den Anwesenden herrschte lebhafte Begeisterung für die große Sache. Auch in Ostfriesland muß die christlich-nationale Arbeiterbewegung marschieren. Nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Werlich wurde die Konferenz vom Kollegen Hartmann, nachdem sie allein überwunden herzlich gedankt, mit einem brausenden Hoch auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung geschlossen.

Magdeburg. Auf dem Grusontwerk (V.-G. Friedrich Krupp) floriert der gelbe Werkverein, aber Mißstände sind dafür häufiger vorhanden. Besonders verbessерungsbedürftig sind die Verhältnisse in der Abteilung Stahlgißerei. Seit kürzlich hier ein neuer Meister sein Regiment angetreten hat, kennt die Antreiberei bald keine Grenzen mehr. Daß sich die Gefahr für Leben und Gesundheit bedenklich steigern muß, liegt klar auf der Hand. Am 26. November wurde einem Krautführer die Hand überfahren und berartig zerstümmelt, daß sie abgenommen werden mußte. Die Arbeiter behaupten, daß dieser bedauerliche Unfall durch die Schuld des neugebackenen Meisters entstanden sei. Die Untersuchung wird das hoffentlich noch zweifelsfrei feststellen.

Die Behandlung der Arbeiter muß bei dem rücksichtslosen Antreibersystem natürlich rießen, wenn nicht alles zu wünschen übrig läßt. Man glaubt im Hinblick auf den gelben Werkverein, den Arbeitern alles bieten zu können. Wenn diese Rechnung nur nicht falsch sein wird! Die Erbitterung in der Arbeiterschaft ist gewaltig gestiegen und die radikale Sozialdemokratie willkt Hochkonjunktur für ihre Agitationsarbeit, wie aus dem heutigen Parteidienst deutlich zu erkennen ist. So wird auch hier die gelbe Saat reiche Früchte tragen. Einen besseren — wenn auch unwilligen Agitator, wie den neuen Meister in der Krupp-Grußjüdischen Stahlgißerei können sich die „Genossen“ gar nicht wünschen.

Weissende reichende Arbeiter werden sich aber weder von rechts, noch von links verbergen und beirren lassen. Die mißlichen Verhältnisse im genannten Werk im allgemeinen und das erbitternde Verhalten einzelner Vorgesetzten im besondern, muß den Weg in die Arbeiterorganisation zeigen und zwar in den christlichen Metallarbeiterverband.

Wetter a. d. Ruhr. Wohl keine andere Organisationsrichtung liegt mehr über Terrorismus wie die Hirsch-Dünkerschen Gewerkschaften. Wie diese Richtung aber ihren Machtdunkel hervorkehrt, wo sie glaubt herrschend zu sein, beweist uns das geradezu standalone Verhalten des H.-D. Gewerkschafts in Wetter a. d. Ruhr. Wetter galt bisher im Landkreise Hagen als eine H.-D. Domäne. Es ist daher zu begreifen, daß man es von dieser Seite nicht gerne sah, daß auch die christlichen Gewerkschaften hier eingeschritten. Jedoch hat alle Gegenarbeit gegen uns nichts genutzt. Doch da bot sich vor kurzem eine Gelegenheit, die einzelne H.-D. Strategen glaubten, zu einem vernichtenden Schlag gegen den christlichen Metallarbeiterverband auszutun zu können.

Der Vereinsvorsitz der H.-D. hatte aus geschäftlichen Gründen ein sozialdemokratisches Verbandsplatat in seinem Lokal ausgehängt. Empört über dieses Tun, beschloß man, das Lokal zu wechseln. Eigentümlicher Weise wählte man als neues Lokal das bei Herrn Herberts, wo unsere Gruppe seit längerer Zeit lag. — Die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes hatten gegen den Einzug der H.-D. Gewerkschaften natürlich nichts einzutwenden. Einmal, weil sie vor dem Gegner durchaus nicht grauslich sind, dann aber auch, weil in diesem Lokal genügend Räumlichkeiten vorhanden sind. Anders unsere Hirsch-Dünkerschen „Freunde“. Sie schienen vor den christlichen eine heidenmäßige Angst zu haben. Im hohen Rate wurde deshalb beschlossen: „Das Platat des christlichen Verbands muß von dem Raum, ferner dürfen fortan keine Versammlungen der christlichen Organisationen bei Herberts abgehalten werden.“ Die Begründung gab ein Mitglied des H.-D. Gewerkschafts mit den Worten: „Wir kaufen

doch mehr wie die Christlichen". Dem Wirtschaften letzteres auf Grund der bisherigen S.-D. Ausnahmefähigkeit einzuleuchten. Die Christlichen müssen also das Lokal verlassen und mit klugendem Spiel erfolgte der Einzug der trinkfesten Hirsch-Dunderschen.

Mit Recht war die anständig denkende Arbeiterschaft empört über dieses Vorgehen. Das bewies am besten der starke Besuch unserer öffentlichen Versammlung am 4. d. M. Zu scharfer, aber sachlicher Weise kritisierte Kollege Alf das Gebahren der S.-D. Gewerbevereine. In ihrem Verlauf gestaltete sich die Versammlung zu einer Generalabrechnung mit den Hirsch-Dunderschen Sozialtreibern. Gehörten Nutes nahm in der Diskussion auch der S.-D. Bezirksleiter Wolff-Hagen das Wort, um für seine Freunde Pardon zu ersuchen. Es sei alles halb so schlimm, er habe von nichts gewusst, meinte Wolff. Beilustigend wirkte seine „Beweis“fahrung über die Nichtneutralität der christlichen Gewerbevereinen. Ganz verblüfft wurden die S.-D. Mitglieder, als in der Diskussion der frühere Ortsvereinsleiter S. von Wetter das Wort ergriff, um seine „Leiden und Freuden“ während der 6jährigen Mitgliedschaft im Gewerbeverein S.-D. mitzuteilen. Nicht mit Unrecht meinte Alf, daß ein vorwärtsstrebender Arbeiter nicht Mitglied der S.-D. Gewerbevereine sein könne. Wie derselbe Diskussionsredner mitteilte, scheint es dem Gewerbeverein im neuen Lokal recht gut zu gefallen. Der größere Durst hat aber schon sehr bedeutsame Folgen gezeigt. Die Stammeinhaltungsfestlichkeit endete mit einer sozialdemokratischen Feierlichkeit untereinander. Dem Ortsvereinsleiter wurde dabei der Kopf blutig geschlagen. Da dieser derartigen Kundgebungen der Solidarität aber keinen Geschmack abgewinnen konnte, trat er zum sozialdemokratischen Verband über.

Das ist der Fluch der bösen Tat, möchte man fast sagen. Hoffentlich werden sich die Gewerbevereine, ihrem Vertrag gemäß, seinesfalls. Wir wollen den Frieden der Arbeiter untereinander nicht stören, verlangen aber in Zukunft das Gleiche vom S.-D. Gewerbeverein. Das oben geschilderte Beitragen der S.-D. Gewerbevereiner aber hat den Arbeitern in Wetter die Augen geöffnet. Die Kollegen beider Konfessionen haben einsehen gelernt, wie notwendig die Stärkung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes ist, wenn wirklich positive Gewerkschaftsarbeit geleistet werden soll.

Dortmund. Bei der Firma Wagner u. Co., Werkzeugmaschinenfabrik, war am 17. November seitens sämtlicher former die Kündigung eingereicht worden. Die Ursache hierzu war ein 20prozentiger Akkordabzug, nachdem schon vorher fortwährend Verschlechterungen eingetreten waren. Am 1. Dezember sollte in den Streik eingetreten werden. Es kam jedoch nicht so weit; die Mitglieder der beiden in Betracht kommenden Organisationen, der sozialdemokratischen Metallarbeiterverbund und christlichen Gewerbeverein, beschlußtigten sich gegenseitig der „Angst“ vor dem Streik. In dieser Situation begrüßte man mit Freuden einen Vergleich, wonach die Akkordabzüge „nur“ 5 bis 10 Proz. beträgen sollen. Bei den neu festzuhaltenden Akkorden wird natürlich der 20prozentige Akkordabzug schon bei der Kalkulation berücksichtigt.

Es handelt sich hier um einen Betrieb, der seit Jahren als eine Hochburg der genannten Organisationen gilt. Der christliche Metallarbeiterverband war bei dieser Bewegung mit Mitgliedern nicht beteiligt. Wir würden uns mit diesem großartigen „Sieg“ nicht beschäftigt haben, wenn nicht der Beamte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, Genosse Kronshage und sein Brüderling Bruder Braud vom Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein in diesem Sommer aus Anlaß der Lüner Metallarbeiteraussperrung einen Radikalismus an den Tag gelegt hätten, der die Meinung aufkommen ließ, sie wollten die Welt aus den Augen heben. Es ist dies ein neuer Beweis dafür, daß die beteiligten Organisationen mutig wie die Löwen sind bei Bewegungen, in denen sie nur mit einem Bäckerbündel Mitglieder infrage kommen, geduldig aber wie die Lämmer, wenn sie die Majorität haben, oder wie es hier der Fall ist, allein infrage kommen. Es zeigt sich hier wiederum, wie unehrlich die Brüder der sozialdemokratischen Wagner ist, wie tief ihre Methoden gesunken sind. Alle rechteleuten Metallarbeiter werden sich in ihrem eigenen Interesse nur dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen.

Soziales.

Reichsgesetzliche Tabakarbeiter-Unterstützung.

Der Verband christlicher Tabak- und Zigarettenarbeiter Deutschlands hat förmlich eine Eingabe an den Reichstag gerichtet um Bewilligung ausreichender Mittel zur Unterstützung derjenigen Tabakarbeiter, die dadurch geschädigt worden sind, daß vom Reichsgericht bereits im Juli eine Kürzung der gesetzlichen Unterstützung vorgenommen wurde. Dadurch haben alle Tabakarbeiter, die in der Zeit vom 16. Juli bis 10. August und darüber hinaus bis heute arbeitslos waren eine schwere Schädigung erlitten. Für diese Fälle wird in der Eingabe eine Nachzahlung verlangt. Weiterhin und für den Fall, daß diese Forderung keine Mehrheit finden sollte, verlangt die Petition Mittel zur Unterstützung der noch immer geschädigten arbeitslosen Tabakarbeiter. Begründet wird diese Forderung mit einer Darlegung über die bisherige Arbeitslosigkeit und die betreibenden Aussichten, die noch der Lage und den Vergangenheiten in der Tabakindustrie für die nächsten Monate — nach der Erledigung des Weihnachtsgeschäfts. — bestehen. Nach den Erhebungen des Kaiserl. Stat. Amtes waren im dritten Quartal 1910 im christlichen Verbande auf je 100 Mitglieder noch 15,5 Tägige von Arbeitslosigkeit und auf 100 mögliche Arbeitstage 5,5 Arbeitslosentage zu verzeichnen. Das sind mit Rücksicht darauf, daß seit der Einführung des neuen Tabaksteuergesetzes bald 1½ Jahre vergangen sind, sehr hohe Ziffern.

Es kommt dazu, daß auch sonst eine große wirt-

schafliche Schädigung (Arbeitseinschränkungen, Lohndruck usw.) zu verzeichnen ist, die sich gar nicht in Zahlen ausdrücken läßt. Möge der Reichstag die maßvollen, aber sehr berechtigten Forderungen der Tabakarbeiter bewilligen.

Neben die Ursachen der Invalidität gibt der soeben herausgegebene Geschäftsbericht des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt der Rheinprovinz für das Jahr 1909 eine Übersicht über mehrere Jahre. Es ergibt sich daraus, daß die Lungenschwindsucht an den Ursachen der Invalidität prozentual am stärksten beteiligt, daß jedoch diese Beteiligungsgröße in den letzten Jahren erfreulicher Weise immer mehr gesunken ist.

Folgende Krankheiten hatten Invalidität im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes im Gefolge:

	1905	1906	1907	1908	1909
Lungenschwindsucht	85%	87%	84%	82%	82%
Entzündung, Bluteruhr	1%	14%	14%	17%	17%
Herzkrankheiten	9%	1%	81%	7%	7%
Neuritis	7%	0%	5%	5%	5%
Augenkrankheiten	4%	4%	3%	3%	3%
Krank. eile der Atmungss.	—	—	—	—	—
were	—	91%	2%	2%	2%
% agentenkrankheiten	2%	3%	21%	2%	11%
Andere Krankheiten	1%	24%	29%	30%	30%

Die Krankheiten der Lunge, Lungenschwindsucht, und Krankheiten der Atmungswege sind zusammen beteiligt mit 37%, 39, 37, 35, 35% Prozent sämtlicher Fälle. Das sind außerordentlich große Ziffern. Sie zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, wie sehr noch immer die Lungenschwindsucht ein Würgengel für die arbeitende Bevölkerung ist und wie notwendig alle Bemühungen zur Endärmung dieser schrecklichen Volkstranthö sind.

Literarisches.

Katholisches Arbeiter-Taschenbuch 1911.

herausgegeben von den Verbänden katholischer Arbeitervereine West- und Süddeutschlands. Druck und Verlag der Germania, A.G., Berlin C 2, Stralauerstr. 25. Preis 50 Pf.

Aus dem reichhaltigen Inhalt, der sich in fünf Hauptteile: Lebensweise, arbeiterische, Gewerkschaftliche, Politik und Soziales Taschenbuch gliedert, haben wir aus dem dritten Teil hervor: Was tun fordern wir die christlichen Gewerkschaften?; Mangel an Solidarität in den Arbeiterorganisationen; Die gewerkschaftliche Organisation in der Montanindustrie. Der leiste Abschnitt bringt ein reichhaltiges Adressenverzeichnis für den Bereich der christlichen Arbeiterbewegung.

Die Ausfassung des Taschenbuchs, das ständig durch seine Vorgänger viele Freunde und einen festen Stamm von Lesern gesichert hat, kann auch diesmal wieder allen katholischen Arbeitern angeblich empfohlen werden.

Das „Taschenbuch für Evangelische Arbeiter“, für das Jahr 1911 ist erschienen; es wird durch die Buchhandlung der Sozialen Geschäftsstelle für das Evangelische Deutschland, Berlin NW 87, Ecke Wardenbergstr. 28, zum Preise von 60 Pf. versandt. Die Evangelischen Arbeitervereine, sowie alle evangelischen Mitglieder der christlich-nationalen Arbeiterbewegung erhalten hier zu überaus billigen Preis ein schmückes Büchlein, das über den gegenwärtigen Stand der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in einer Reihe von Aufzählen und Tabellen genauen Aufschluß gibt und ausgiebigen Raum zu Eintragungen für jeden Tag des Jahres bietet; auch durch eine Fülle praktischer Notizen sich seinem Besitzer nützlich erweist. Es gilt, sich mit der Anwendung zu beeilen, ehe die Auflage ausverbraucht ist.

Adressen-Veränderungen.

Das General-Sekretariat des Gesamtverbandes der rheinischen Gewerkschaften befindet sich seit 1. Dezember Köln, Eintrachtstraße 147. (Fern 5-15475.)

Cöln. Die Büroräume der Leitung vom 2. Bezirk und der Ortsverwaltung Cöln sind nach Cöln, Palmstraße 14, 1. Etage verlegt worden. Der Fernsprechanschluß hat die Nummer 2950.

Etervetzel.

Heddernheim. Am 3. Dezember starb unser Kollege und Mitbegründer unserer Bahnsiedlung, Michael Kehler, im Alter von 53 Jahren infolge eines Hirnganges.

Saarbrücken (Burbach). Am 3. Dez. starb infolge eines tödlichen Unfalls unser Vorstandsmitglied Nikolaus Schmidt im Alter von 25 Jahren.

Effen (Rhein). Am 26. November starb unser Kollege August Böllmecke im Alter von 28 Jahren infolge eines Betriebsunfall, — Am 6. Dez. starb unser Kollege Peter Kettler im Alter von 26 Jahren an den Folgen eines Betriebsunfall.

Düsseldorf-Benrath. Am 9. Dez. starb unser Kollege Hermann Horn im Alter von 27 Jahren an Lungenleiden.

Erinnert an den Andenken!

Briefkasten. Das Zentralblatt konnte technischer Schwierigkeiten wegen dieser Sendung nicht beigelegt werden. Es wird dann mit der nächsten Nummer zugesandt.

Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Berlin. Samstag, den 17. Dez., abends 1,9 Uhr im Schulz' Festsalen am Königsgraben 14 a, allgemeine Mitglieder-Versammlung.

Düsseldorf. Heute Donnerstag, abends 1,9 Uhr Abholen der Zeitungen, anschließend Diätetikerabend, bei Bernhardt, Seestr. 24 am evangelischen Krankenhaus. Es können sämtliche Mitglieder teilnehmen.

Düsseldorf - Beck. Sonntag, den 18. Dezember, nachm. 4 Uhr bei Wöhle, Kaiserstr., Mitglieder-Versammlung.

Düsseldorf-Werderich. Sonntag, den 18. Dezember, nachm. 8 Uhr bei Hafermann Mittelbauers-Versammlung.

Düsseldorf Obermeiderich. Sonntag, den 18. Dez., abends 8 Uhr bei Witwe Messer, Essen-Steelerstr. Mitgliederversammlung mit Frau.

Düsseldorf-Benrath. Samstag, den 17. Dez., abends 8,1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokale Lampenfisch, Mittelstr.

Düsseldorf-Essen. Sonntag, den 18. Dez., vorm. 11 Uhr Alitäts-Bezirksversammlung im Lokale Schmalbauch, Wickensstraße.

Düsseldorf-Matt. Sonntag, den 18. Dezember, vorm. 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Adam Schulte, Künsterstr.

Dortmund I. Sonntag, den 18. Dezember, vorm. 11 Uhr Versammlung im christl. Gewerkschaftshaus, Kesterbleichstr. 82/4 (Saal 4).

Dortmund. (Maschinisten, Heizer und Brauereiarbeiter) Sonntag, den 8. Dez., vorm. 11 Uhr Versammlung im christl. Gewerkschaftshaus Westerbleichstr. 82/4, (Saal 2).

Dortmund-Lünen. Sonntag, den 8. Dez., vorm. 11 Uhr Versammlung bei Hölsman.

Dortmund-Derne. Sonntag, den 18. Dezember, nachm. 4 Uhr Versammlung bei Nagel.

Dortmund-Witten. Sonntag, den 18. Dez., nachmittags 5 Uhr Versammlung bei Wiedeke, Augustastrasse.

Essen-Segeloth. Sonntag, den 18. Dez., abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Langenberg, Freiheitsstraße.

Essen-Krohnhausen. Sonntag, den 18. Dez., abends 7 Uhr italienischer amml. im Restaurant Hannacher, Leipzigstr.

Essen-Hutt op. Sonntag, den 18. Dezember, morgen 11 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Statrop.

Essen-Alteuffesen. Sonntag, den 18. Dezember, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Eher, Hammerstraße.

Essen-Carnap. Sonntag, den 18. Dez., abends 5 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Hoppe.

Essen-Holsterhausen. Sonntag, den 18. Dez., morgen 11 Uhr Vorstands- und Vertrauensmännerversammlung bei Geiger-Stammhaus; nachmittags versammeln sich die Kollegen zweitens die Mitglieder des städtischen Frankenhausespunkt 3 Uhr im Restaurant Buchner, Hobelienstraße.

Essen. (Kugelabteilung) Sonntag, den 18. Dezember abends 5 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Pottgischer-Frohnhausen.

Eisenach. Samstag, den 17. Dezember, abends 8,1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Konzerthaus Elenda.

Gladbeck. Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags 4 Uhr bei Nordpol (christl. Gewerkschaftshaus).

Gehlenberg. Das Büro der Verwaltungsstelle befindet sich Fahrstraße 1.

Hattusen. Samstag, den 17. Dezember, abends 8,1/2 Uhr bei Hauner Versammlung.

Kempen. Sonntag, den 18. Dez., morgens 11 Uhr bei Parochial-Versammlung. Unregelmäßig mitbringen.

Menden. Sonntag, den 18. Dez., vorm. 11 Uhr im „Deutschen Kaiser“ Mitgliederversammlung mit Vortrag.

Menden-Holzen. Sonntag, den 18. Dez., vorm. 11 Uhr Versammlung mit Vortrag.

Menden-Hüdingen. Sonntag, den 18. Dez., nachm. 3 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Krutmann.

Mündelheim. Sonntag nachmittag 4 Uhr bei Wede-Mitgliederversammlung.

München. Samstag, den 17. Dez., abends 8 Uhr im Eich-Leopoldstadt, Senefelderstraße, Monats-Versammlung, wichtiges Thema.

Mülheim-Saarn. Sonntag, den 18. Dezember, morgens 11,1/2 Uhr bei van der Hey, Münsterstr. Mitgliederversammlung mit Vortrag.

Mülheim-Broich. Sonntag, den 18. Dezember, nachm. 4 Uhr bei Höhle (früher Klettenberg) Mitgliederversammlung mit Vortrag des Kollegen Henseler von Köln.

Niemandsdorf. Am 18. Dezember vormittags 11 Uhr Mitgliederversammlung bei Friis Homann.

Stuttgart-Cauffstatt. Samstag, den 17. Dezember, abends 1,9 Uhr Versammlung mit Vortrag im Alten Kalen in Cauffstatt.

Schweinfurt. Samstag, den 17. Dez. Mitgliederversammlung bei Schöning (Kasse Kirchner).

Thale a. S. Sonntag, den 18. Dez., nachm. 2,1/2 Uhr Mitgliederversammlung im „Brauen Hirsch“ mit Vortrag des Kollegen Fauer.

flugzettel :: :: :: Plakate

Eintrittskarten :: Mitgliedskarten

Programme :: :: Liedertexte

Statut - Abdrücke, überhaupt alle

Vereins- und Privat-Drucksachen

liefern wir in fürzester Zeit, auf Wunsch innerhalb eines Arbeitstages. Billigte Berechn